

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements - Preis: pränumerando
Wochenblatt 3.50 RM., monatlich 1.10 RM.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

ersch. täglich.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Koloniet-
zeile oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berührungsbroschüren 20 Pf.

Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 19. November 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Görz und Riva unter Artilleriefire.

Umgruppierungen im fernen Osten.

Ueber den Ereignissen auf den europäischen Kriegsschauplätzen werden die politischen Vorgänge und die großen Machtverschiebungen in den Ländern am Stillen Ozean, vor allem in Ostasien, verhältnismäßig wenig beachtet.

Sehr beachtenswert ist in dieser Beziehung die kürzlich erschienene Schrift von Dr. Georg Zrmer „Völkerdämmerung im Stillen Ozean“. Der Verfasser, der fast zwei Jahrzehnte im diplomatischen Dienst in der Südsee gewirkt hat, hat die Verhältnisse dort aus eigener Anschauung kennen gelernt und verfügt über einen genügend weiten Gesichtskreis, um die gewaltigen Machtverschiebungen im Stillen Ozean mit den treibenden Kräften der Weltpolitik in Verbindung zu bringen.

Ausgespielt ist nach Dr. Zrmer Darstellung auch die Rolle Deutschlands als einer Kolonialmacht im Stillen Ozean. Nicht etwa, weil er ein Gegner der Kolonialpolitik wäre. Im Gegenteil. „Wir müssen — erklärt er — eine neue Erde haben in der Welt; und wenn es irgend angeht, muß sie möglichst nahe vor den Toren des Deutschen Reiches liegen.“

Es ist anzuerkennen, daß Dr. Zrmer die Zusammenhänge zwischen der deutschen ostasiatischen Politik und der Annäherung Deutschlands an Rußland in der zweiten Hälfte der 90er Jahre — nach dem Rücktritt Caprivis — freimütig aufdeckt. „Die erste Probe auf unsere neu aufkeimende Freundschaft mit Rußland, sozusagen das erste Liebesopfer Deutschland, war unsere Wehr von Japan, unsere Hilfsaktion zugunsten der russischen Politik im fernen Osten.“

Eine weitere Verschärfung der deutschfeindlichen Stimmung in Japan brachte, nach Zrmer, die deutsche Besitzergreifung von Kiautschou. „Bei dem Reigen der chinesischen

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. November 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Engländer versuchten gestern früh einen Handstreich gegen unsere Stellung an der Straße Messines — Armentieres; sie wurden abgewiesen. In den Argonnen wurde die Absicht einer französischen Sprengung erkannt und der bedrohte Graben rechtzeitig geräumt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Balkankriegsschauplatz.

Die verbündeten Armeen haben in der Verfolgung die allgemeine Linie Javor — nördlich Naska — Kursumlija — Radan — Draglica erreicht. Unsere Truppen fanden Kursumlija von den Serben verlassen und ausgeplündert vor. Es wurden mehrere hundert Gefangene und einige Geschütze eingebracht.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 18. November. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 18. November 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Beim Aufräumen des Schlachtfeldes von Czartorysk ist erst die volle Größe des jüngst erzielten Erfolges zutage getreten. Der Feind hatte schwere Verluste; bisher wurden zweitausendfünfhundert Russen begraben und vierhundert frische Gräber gezählt. Mehrere tausend Gewehre und große Mengen Munition sind die Beute, die noch feigen dürfte. Der Gegner besaß am westlichen Strasser vier hintereinander liegende starke Stellungen mit Drahtseilnetzen, Stützpunkten und Plankierungsanlagen; ausgedehnte Hüttenlager mit Blockhäusern und große Stallungen beweisen, daß er sich schon für den Winter eingerichtet hatte.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auch im Laufe des gestrigen Tages nahmen die Italiener ihre Angriffstätigkeit nicht wieder auf. Nachts versuchten sie schwache Vorstöße gegen Javora, am Nordhange des Monte San Michele und gegen den Abschnitt südwestlich San Martino; alle wurden abgewiesen. Seit heute zeitlich früh steht Görz wieder unter heftigem Geschütze. In der ersten Stunde fielen etwa vierhundert Geschosse in die Stadt. Der alte Stadtteil von Riva war gestern von Artillerie her unter Feuer. Unsere Flieger warfen Bomben auf die Kasernen von Belluno ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Verfolgung macht trotz schwerer Unbilden der Witterung gute Fortschritte. Nördlich von Nova Baros nähern sich unsere Truppen dem Abschnitt des Ibac. Der Ort Javor ist in Besitz genommen. Südlich von Jvanjica schoben wir uns im Raume um die Höhe Jankov Kamien nahe an die Paschhöfen der Golija Planina heran. Deutsche Truppen sind bis etwa halbenwegs Usc-Naska vorgedrungen, während österreichisch-ungarische Kräfte von Ost gegen den Ibar vorgehend, die Kopaonik Planina am Weg nach Karadag überschritten haben. Die Truppen der Armee von Gallwitz sind über das von den Serben geplünderte Kursumise südwärts vorgezückt. Bulgarische Kräfte gewannen kämpfend die Höhen des Radan und den Raum südöstlich davon.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Quefer, Feldmarschallleutnant.

„Nachtungen“, wie man diesen friedlichen Einbruch der europäischen Großmächte in China euphemistisch nannte, gingen wir Deutsche voran; Rußland folgte mit Port-Arthur, England mit Wei-Sai-Wei, Frankreich mit Kwang-Tschou-Wau.“ Die Folge war, daß die Japaner die Deutschen weit mehr zu hassen anfingen, als die Franzosen und die Russen. Kiautschou war deshalb bei der Machtgruppierung vor Ausbruch des Weltkrieges — nach einem Worte des Grafen Reventlow — „wirtschaftlich eine Zukunftshoffnung, politisch eine Sorge, militärisch ein verlassener Posten.“

In Bezug auf die Wiedergewinnung dieser Kolonie scheint Dr. Zrmer recht pessimistisch zu sein. „Selbst nach entscheidenden Siegen Deutschlands auf der ganzen Linie und auch beim besten Willen Englands... wird die Rückgabe der deutschen Erde im Stillen Ozean ganz gewiß nicht so leicht sein wie es ihre Wegnahme war.“ Die Auseinandersetzung mit Japan, das offenbar gewillt sei, seine eigenen Wege zu gehen, werde schwieriger sein als die mit den Mächten der Entente.

Deutscher äußert sich Zrmer über die Möglichkeiten einer solchen Auseinandersetzung nicht. Aber aus seiner ganzen Darstellung ist der Schluß zu ziehen, daß er gegebenenfalls einer Annäherung Deutschlands an Japan, das China mehr und mehr beherrscht, das Wort reden würde. Klarer drückt sich in dieser Richtung der Kunsthistoriker Dr. G. Schmidt aus, der in einer Broschüre „Japan im Weltkriege und das Chinaproblem“ seine Eindrücke in Japan zu Beginn des Krieges und die wirtschaftlichen und politischen Faktoren des ostasiatischen Problems in interessanter Weise beleuchtet. In vielen Punkten decken sich seine Ausführungen mit denen Dr. Zrmer, in manchem anderen haben sie sich vorteilhaft von ihnen ab durch die kühle Ablehnung jeder nationalistischen Wraße und ein näheres Eingehen auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Japans und Chinas. Seine Darstellung gipfelt in der Forderung: „Vertragen wir uns mit Japan!“ und diese Forderung verteidigt er mit dem Hinweis auf die großen Vorteile, die Deutschland — in Anbetracht des Fortrückens Japans von England — aus einem Zusammengehen mit Japan erzielen könnte. Nüchtern wie Dr. Schmidt die Grundlagen des japanischen Imperialismus analysiert, zieht er die Richtlinien für die künftige Politik des deutschen Imperialismus im fernen Osten.

Es liegt uns fern, in den angeführten Äußerungen Anzeichen einer beginnenden Neuorientierung in der ostasiatischen Politik zu erblicken. Aber als Feststellungen von Dingen, die Deutschlands Politik im fernen Osten an Ort und Stelle studiert haben, verdienen sie nicht minder Beachtung wie etwa die Stimmen einflussreicher japanischer Presseorgane, die in letzter Zeit einem deutschen Bündnis an Stelle des englischen das Wort reden. Man vergesse nicht, daß die Dinge im fernen Osten sich gegenwärtig wieder im Fluß befinden; daß Probleme aufgerollt sind wie: ein russisch-japanisches Bündnis, eine Auseinandersetzung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, die Konsolidierung des chinesischen Staatswesens usw.; und daß die Lösung aller dieser Fragen mehr oder minder in Abhängigkeit steht vom Ausgang des Völkerringens auf den europäischen Schlachtfeldern. Andererseits muß auch die begonnene und durch den Krieg außerordentlich beschleunigte Umgruppierung der Mächte im Stillen Ozean auf die zukünftige politische Gestaltung Europas zurückwirken.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 18. November. (W. L. B.) Amtlicher Heeresbericht von gestern. An der ganzen Front starke Artillerietätigkeit. Die feindliche Artillerie versucht nicht nur unsere Verteidigungswerke zu beschädigen, sondern sie verlegt sich auch darauf, die von uns eroberten Ortshäuser zu zerstören, selbst wenn sie tatsächlich von unseren Truppen nicht besetzt sind. So wurden am 14. November die Dörfer Locca und Bezzecca im Tale von Concei mit 80,5 Zentimetergeschossen bombardiert. Gestern beschossen die feindlichen Batterien die einstmaligen blühenden Marktflecken Rosia und Lucinico in der Slongo-Ebene, die heute nur noch rauchende Ruinen sind. Auf den Anhöhen nordwestlich von Görz nahm unsere Infanterie starke Verchanungen des Feindes im Sturm. Wir fanden in den eroberten Berken Haufen feindlicher Leichen und reichliches Kriegsmaterial. Auf dem Karst erneuerte der Feind in der Gegend des Monte San Michele in der Nacht vom 15. zum 16. und am folgenden Morgen die Angriffe gegen die von uns jüngst eroberten Stellungen. Er wurde immer zurückgeschlagen und ließ zwei Maschinengewehre und sechs Gefangene, darunter einen Offizier, in unserer Hand. Feindliche Flieger warfen gestern Bomben auf Uia. Es wurde niemand verletzt und kein Sachschaden angerichtet. Cadorna.

Baumwollvorräte und Munitionserzeugung in Deutschland.

Berlin, 18. November. (W. L. B.) Aus der Schweiz wird gemeldet, daß die Entente den schweizerischen Spinnereien die Zufuhr von Baumwolle sperrt mit der Begründung, die Baumwolle ginge nach Deutschland weiter, wo sie zur Sprengstoffherstellung benutzt werde. Frankreich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn die schweizerischen Zufuhren wegfielen, Deutschland in aller Kürze wegen Mangels an Baumwolle zur Sprengstofffabrikation den Krieg einstellen müßte. — Demgegenüber ist festzustellen, daß wir allein an jetzt in Deutschland vorhandener Baumwolle für diesen Zweck auf Jahre hinaus genug haben, daß wir ferner über den neuen Donauweg Baumwolle aus der Türkei erhalten werden, und daß selbst wenn kein Kilogramm Baumwolle mehr in Deutschland wäre, wir doch immer noch für unabsehbare Zeit Zellstoff genug hätten. — Der Gedanke, wir müßten wegen Mangels an Baumwolle zur Sprengstofffabrikation den Krieg einstellen, ist so absurd, daß er als ein bewußt unrichtiger Vorwand aufgeföhrt werden kann, die Schweiz dazu zu zwingen, ihre Grenzen überhaupt gegen uns zu sperren.

Oesterreichischer Fliegerangriff auf Belluno.

Belluno, 18. November. (W. Z. B.) Gestern früh erschien ein feindliches österreichisches Flugzeug über der Stadt und warf fünf Bomben ab. Eine explodierte, drei Personen wurden leicht verletzt, Sachschaden wurde nicht angerichtet.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 18. November. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Von der Nacht ist nichts zu melden außer Artilleriefeuer im Aisne-Tal, in der Gegend von Fontenoy, in der Champagne, im Woëvre und nördlich Rheims.

Paris, 18. November. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Bei Loos, Angres und Souchez sehr heftiges, gegenläufiges Geschützfeuer. Wir richteten gegen den Wald südlich von (südwestlich) Peronne ein konzentrisches Feuer, dessen Wirksamkeit festgestellt wurde. In der Champagne, bei dem Naborin-Gebüsch und bei Tahure dauert der Artilleriekampf unvermindert fort. In den Argonnen brachten wir zwei Minen zur Explosion, die die deutschen Schützengräben in einer ziemlich großen Ausdehnung zerstörten.

Belgischer Bericht. Es herrscht fast vollständige Ruhe an der Front.

Orientarmee. Im Laufe des 15. November haben die Bulgaren keine weiteren Angriffe gegen unsere Front auf dem linken Dernauf unterzogen. Westlich Kriwolatz zogen sie sich auf die Höhen von Arangel, nördlich des Dorfes Cicewo zurück und ließen zahlreiche tote am Plage. In drei Kampfzügen haben die Bulgaren 4000 Mann verloren. Unsere Verluste sind gering. Nördlich Naborino beschossen wir eine feindliche Proviantkolonne, die auf dem Wege nach der bulgarischen Stadt Strumiza in der Nähe des gleichnamigen Flusses war.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 18. November. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 17. November 1915: Auf der Migafront nur heftiger Artilleriefeuer. An der Dina bei Friedrichstadt und Jakobstadt herrscht Ruhe. Flugabwehr von Dinaburg versuchten Teile des Feindes an mehreren Stellen über die Dina zu gehen, wurden jedoch zurückgeworfen. Westlich Dinaburg in der Gegend des Swententsees gaben deutsche Abteilungen ihre Gräben auf und zogen sich zurück. In den Gräben fanden wir Gewehre, Patronen und viele Kartuschen. Ein Zeppelin überflog in der Nacht zum 16. die Gegend von Dinaburg und warf Bomben, von denen ein Teil in die deutschen Gräben fiel und dort große Verluste und Verwirrung unter den Deutschen anrichtete. Zwischen Dinaburg und dem Pcheye ist Ruhe. Auf dem linken Styr-Ufer dauert der Kampf bei dem Bahnhof Gzartorysk noch an. In der Nähe von Gzartorysk machte der Feind hartnäckige Angriffe. Unsere Artillerie zerstreute den Feind mehrere Male, als er sich dem Fluß näherte. Weiter südlich und in Galizien Artillerie- und Infanteriefeuer. — Auf der Kaukasusfront keine Veränderung.

Englisches Hospitalschiff gesunken.

London, 17. November. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Das Hospitalschiff „Anglia“ lief heute im britischen Kanal auf eine Mine und sank. Es hatte 385 Mann an Bord; ungefähr 300 wurden durch ein Patrouillenboot gerettet. Ein anderes Schiff, das ebenfalls helfen wollte, stieß ebenfalls auf eine Mine und sank auch. — Ein späteres Telegramm besagt: Als die „Anglia“ auf eine Mine tief, setzte das Kohlen- schiff „Dulstania“, das sich in der Nähe befand, sofort zwei Boote aus. Während die Leute nach der „Anglia“ rübertraten, sahen sie, wie ihr eigenes Schiff in die Luft flog. Sie waren jedoch imstande, den Meist der Besatzung zu retten. Torpedoboote retteten zahlreiche Ueberlebende der „Anglia“. Die „Dulstania“ hatte 1834 Bruttotonnen. — Der britische Dampfer „Treneglos“ (3886 Bruttotonnen) ist versenkt worden.

Lord Robert Cecil über die „armenischen Massaker“.

London, 17. November. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Unterhaus. Bei der Erörterung der armenischen Massaker sagte Lord Robert Cecil, es gebe in der Weltgeschichte kein richtigeres Verbrechen. Die Massaker seien ganz ohne Grund erfolgt. Die Behauptung, daß britische Agenten die Armenier zur Empörung aufstachelten, sei völlig falsch. Der größte Schand der Armenier würde ein britischer Sieg sein. In diesem Kriege müßten alle Hilfsquellen verwendet und die Feinde gezwungen werden, unsere Friedensbedingungen anzunehmen. Deutschland allein sei imstande, den Massakern Einhalt zu tun. Seine mittelbare Mitschuld sei jedoch zweifellos festgestellt. Das Glaubensbekenntnis des deutschen Militarismus führe logischer Weise zu solchen Verbrechen, weil es den Staat an die Stelle setze, die bei anderen Völkern von der Religion und der Moral eingenommen werde. Es gebe keine Grenze für die Degradierung eines Volkes, das einen solchen Glauben annimmt. England würde eine derartige Lehre niemals annehmen. Lord Cecil schloß: Wir stimmen mit Sir Cecil Cavells Worten überein: „Patriotismus allein genügt nicht.“ Das ist die tiefe Wahrheit, die von einer großen Patriotin ausgesprochen wurde. Wenn die Deutschen die Vergewitterung des Staates nicht aufgeben, werden sie sogar noch tiefer sinken als jetzt.

Dazu bemerkt das W. Z. B.: Lord Robert Cecil soll vor einiger Zeit die Verurteilung getan haben: „Wenn mein verstorbenen Vater noch lebte, so wäre dieser Krieg nicht ausgebrochen.“ Das müßten wir auch glauben. Wenn die Leitung der englischen auswärtigen Politik in den Händen eines Staatsmannes von der Bedeutung und der Energie Lord Salisburys geruht hätte, so wäre zweifellos die russische Regierung an der frivolen Entfesselung des Weltkrieges verhindert worden. Gelang das aber nicht, so hätte Lord Salisbury wenigstens England die furchtbaren Wunden erspart, die ihm der gegenwärtige Krieg geschlagen hat. Was würde der streitbare Führer der englischen Konservativen wohl sagen, wenn er die leichtfertigen, jeder tatsächlichen Begründung entbehrenden Anklagen gegen Deutschland und die hohlen Phrasen hören könnte, mit denen sein Sohn dem Unterhause aufgewartet hat?

Verhinderte Protestversammlung in London.

London, 18. November. (W. Z. B.) Eine große Protestversammlung sollte heute in der Alberthalle stattfinden. Frau Wankfurt sollte den Vorsitz führen, unter den Rednern sollten sich Lord Walsingham de Broke, der liberale Abgeordnete Bryce und die Anhängerin des Frauenstimmrechts Kenney befinden. Die Anzeige sagte: „Der Verrat an Serbien ist ein endgültiger Beweis, daß die Ehre und die Interessen Englands in den Händen der Regierung nicht sicher und namentlich Asquith und Grey für verantwortungsvolle Posten ungeeignet sind.“ Die Versammlung wurde abgelehnt. Im Unterhause sagte Sir John Simon, die Regierung verbiete die Versammlung nicht, aber die Eigentümer der Alberthalle würden sie wohl verhindern.

Der Winterfeldzug.

Von Richard Gädle. Berlin, 15. November.

Wie vor einem Jahre geht auch diesmal der langdauernde Krieg um die Mitte des November auf den meisten Kriegsschauplätzen in eine Art von Winterschlaf über. Die unermüdeten Anstrengungen, die damals wie jetzt von allen Seiten während des Spätsommers gemacht wurden, erklären diese Zeit verhältnismäßiger Ruhe zur Genüge. Es gilt die Verluste zu ersetzen, und es gilt vor allen Dingen, die verbrauchte Munition zu ergänzen und für kommende neue Schlachten Bestände unmittelbar hinter der Front aufzufüllen. Die industrielle Tätigkeit keines der besiegten Staaten, selbst nicht mit Hilfe der amerikanischen Kriegsindustrie, geht so weit, ein Massenfeuer, wie es die September- und Oktoberschlachten im Artois und in der Champagne gebracht haben, beliebig lange fortzuführen. Es liegt immerhin etwas Tröstliches darin, daß größere Ruhepausen durch die eiserne Notwendigkeit der Dinge erzwingen werden. Auch finanzielle Rücksichten spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Denn die Kosten einer solchen Schlacht sind nicht nach Millionen, sondern nach vielen Hunderten von Millionen zu veranschlagen. Ihr letzter großer Angriff gegen die deutschen Stellungen in Frankreich war den Franzosen und Engländern wohl reichlich eine halbe Milliarde Mark für Geschütz- und Geschützpatronen gekostet haben. Nach dem Abschluß dieser Kämpfe drängt sich eine Zeit der Sparsamkeit den Heeresleitungen von selbst auf; bis in das Schlachtfeld hinein sprechen nicht nur rein strategische, sondern auch ökonomische Rücksichten mit. Vielleicht wird die Menschenökonomie zuletzt einen entscheidenden Einfluß auf die Wendung des Krieges gewinnen. Beiläufig bemerkt sei hier, daß ein wesentlicher Vorteil Deutschlands darin liegt, daß unsere Leute an Gefangenen eine sehr viel größere Zahl als unsere Gegner. Aber auch die Zahl der in den Lazaretten bis zur Heilungsfähigkeit wiederhergestellten Verwundeten ist in Deutschland sehr viel größer als in Russland und auch als in Frankreich. Das wirkt neben anderen Umständen ausgleichend gegen die höhere Volkszahl unserer Gegner ein.

Wie lange diese Zeit der Ruhe dauern wird, läßt sich nicht annähernd übersehen; das hängt von zahlreichen Verhältnissen ab, die uns unbekannt sind. Im vergangenen Jahr kündigte Joffre bekanntlich kurz vor Weihnachten in einem berühmten Armeebefehl die Aufnahme des französischen Angriffs an. Aber diese Offensive verlief schließlich in erfolglosen Einzelkämpfen, die sich nicht zu einem großen, einheitlich angelegten, allgemeinen Vorstoß verdichteten. Es blieben Episoden in dem Gange des Krieges, die von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt waren. Erst im März kam es zu der härteren Kraftentfaltung in der Champagne, während gleichzeitig Großfürst Nikolaus seine gewaltigen Angriffe gegen den Karpatenwall mit rücksichtsloser Hartnäckigkeit ansetzte und bis gegen die Mitte des April fortsetzte. Sie erreichten in den Osterkämpfen zwischen Lupatowicz und Duffasente ihren Höhepunkt und gleichzeitig ihren Niedergang.

Auch diesmal scheinen unsere Gegner für den Beginn des Frühjahrs 1916 zu einem letzten mächtigen Anlauf des Kriegesglück noch einmal zwingen. Zu diesem Zweck suchen sie einen gemeinschaftlichen Kriegsstrat zu bilden, zu diesem Zweck in England und in Frankreich Einrichtungen zu schaffen, um die Kriegsführung entschlossener zu gestalten, zu diesem Zweck auch mit Italien eine entsprechende Uebereinkunft herbeizuführen. Denn dessen Heeresleitung ist bisher ihre eigenen Wege gegangen und hat der Sache der Entente nicht diejenigen Dienste geleistet, die im Mai 1915 der Dreierbund mit hohen Hoffnungen erwartet hatte. Daß solche Verabredungen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, ist klar; trotzdem aber werden wir uns natürlich nicht auf den an sich unbestimmten Zeitpunkt des nächsten Frühjahrs verlassen. Auch im vergangenen Frühjahr brach eine starke deutsche Teiloffensive mit glänzendem Erfolge in Maßoren mitten in die feindlichen Vorstellungen hinein; sie legte den ersten Baustein zu den großen Erfolgen des Frühjahrs und des Sommers. Bereit sein und zuvorkommen; das will viel bedeuten, vielleicht alles!

Daß die Zeit der Winterruhe aber noch einige Zeit anhalten wird, dürfen wir wohl annehmen. Dafür spricht das Scheitern der russischen Angriffsbewegungen unter der nominellen Ägide des Jaren. Zweifellos sind diese teilweise mit großem Ernst und Nachdruck geführt worden und nicht ohne jeden Erfolg geblieben. Sowohl an der Styrpa in Ostgalizien, wie in Wolhynien und besonders am unteren Styr, südlich der Wipjät-Sümpfe, gelang es den Angriffen der Heeresgruppe Jwanow, zeitweilig die Front der Verbündeten einzubrüden. Aber schließlich mißglückte die Offensive dennoch, und am 14. November ist der stärkste der russischen Angriffe, der etwa am 17. Oktober angelegt hatte, endgültig gebrochen und zurückgewiesen, das weisliche Ufer des Flußes Styr vollständig vom Feinde geräumt worden. Im ganzen haben die Kämpfe um den Styr seit dem Auftreten der Heeresgruppe Linjngin südlich der Wipjät-Sümpfe vom 5. Oktober an, also volle 41 Tage, gedauert.

Im Norden haben die Russen es überhaupt nicht zu einem einheitlichen Angriff gebracht, sondern nur zu örtlichen, mehr oder weniger ausgedehnten Vorstößen, bald an der unteren Düna oder an der Seenlinie zwischen Düna und Nemen oder rüdwestwärts Baranowitsch. Das harte Klappen Hindenburgs an die Tore Dinaburgs mag wohl die Zusammenfassung der russischen Armee verhindert haben. Man hat den zähen Widerstand dieser Festung auf ihre aus Sand bestehenden Schanzen zurückgeführt, die der zerstörenden Wirkung unserer schwereren Geschütze besser widerstehen als Eisen und Beton. Das Entscheidende ist vielmehr, daß die Festung in unmittelbarer Verbindung mit einer starken und kampffähigen Feldarmee steht. Es wiederholt sich damit die ewige Erfahrung dieses Krieges: die vereinsamte Festung ist schwach und zu raschem Falle verurteilt, im Zusammenhange mit dem Heer unterliegen sich beide gegenseitig und gewinnen daraus eine große Widerstandskraft.

Rur auf einem Kriegsschauplatz geht der Krieg ungeachtet des Winters seinen Gang weiter und drängt einer großen Entscheidung entgegen: auf dem Balkan. Mit Genauigkeit können wir die augenblickliche Lage noch nicht übersehen. Wir wissen aber, daß die verbündete Offensive vom Norden und Osten ununterbrochen vorwärts geht, wenn auch in dem Tempo, das Jahreszeit, Gebirge, Wegetarum gebieten. Die Besetzung von Profuplje im Toplistate, 28 Kilometer südwestlich Risch, zeigt, daß nun auch die bulgarische Armee rascher vorwärts kommt. Vom Norden her nähert sich die Armee Gallwitz dem gleichen Tafe und damit der wichtigsten Begegnungspunkt Kursumije-Prisina, auf der ein beträchtlicher Teil des serbischen Hauptheeres abzieht. Die Nachrichten haben bis in die letzten Tage hinein noch lebhaften Widerstand geleistet und dabei natürlich viel Gefangene verloren. Deren Zahl ist bereits auf über 25 000 Mann gestiegen und damit der Gesamtverlust der Serben seit Beginn des Donauüberganges schätzungsweise auf über 100 000 Mann. Die kampffähige Masse des aus Alt-Serbien zurückgehenden Heeres — abgesehen von den in Mazedonien nördlich und nordöstlich Monastir stehenden schwachen Kräften — wird somit nur noch wenig über 100 000, vielleicht 125 000 Mann betragen; vielleicht auch weniger. Doch scheint es, nachdem aus französischer, italienischer und auch aus bulgarischer Quelle stammenden Nachrichten, als ob die Spitzen der Marschkolonnen sich nördlich Katschanil in hartem Kampfe gegen die von Süden vorgehende bulgarische Armee befinden — eine sehr interessante Nachricht, wenn sie sich bewahrheiten sollte. Ob es den Serben gelingt, mit Teilen des Heeres das noch wegerärmere Albanien zu erreichen und in welchem Zustande, das muß sich bald herausstellen.

Von Franzosen und Engländern haben sie in ihrem schweren Kampfe keine Unterstützung zu erwarten; deren Angriffe an der Barbar-Linie und über die Crna Rijka, die seit dem 4. November wiederholt versucht wurden, sind gescheitert. Es scheint, daß die dort stehenden Bulgaren nach Anlagen von Verstärkungen über das Dobruagebirge hinaus in Richtung auf Monastir vorgezogen

sind. Auch Italien kann das Los der Serben nicht mehr wenden, wenn es nach dem Scheitern seiner vierten Sonzo-Offensive am 14. November wirklich Kräfte für Albanien verfügbar machen kann. Die Hoffnung unserer Gegner geht vielmehr augenscheinlich dahin, daß wenigstens ein Teil des serbischen Heeres in gewaltsamem Durchbruch den Anstich an die französisch-englischen und die in Valona landenden italienischen Streitkräfte gewinnen könnte, und daß sich dann eine genügende Macht zusammenfinde, um im südlichen Balkan einen sich in die Länge ziehenden Feldzug zu organisieren und vielleicht doch noch Griechenland zur Beteiligung zu zwingen.

In der Not klammert man sich an einen Strohhalm.

Wehrpflichtdebatte im Unterhaus.

London, 18. November. (W. Z. B.) Unterhaus. Auf eine Anzahl Fragen, die wegen der Wehrpflicht gestellt wurden, antwortete Asquith schließlich, der Dienstzwang werde nur mit Zustimmung des Parlaments eingeführt werden. Das Haus trat sodann in Verhandlungen über die Wehrpflichtfrage ein. Whitehouse (liberal) wies auf den Widerspruch zwischen den Erklärungen Asquiths und dem Communiqué Lord Derby hin, wonach die Unterheirateten zwangsweise ausgedient werden würden. Das sei eine Verletzung des Parlaments, ein Bruch seiner Privilegien. Die jetzigen Arten der Anwerbung seien praktisch bereits ein ungeheurer Dienstzwang. Sir Alfred Mond sprach für die Wehrpflicht. Dutzweise erklärte in einem Zwischenruf: Die Leute wollen nicht in die Armee eintreten, wollen keinen Krieg. Sherwell (liberal) sagte, Asquith habe erklärt, daß die Wehrpflicht nur mit allgemeiner Zustimmung der Nation eingeführt werden solle. Gegenwärtig bestehe nicht die entfernteste Möglichkeit einer nationalen Einstimmigkeit über den Dienstzwang in irgend welcher Form. Die Regierung müsse mit der großen Opposition der Arbeiterschaft in vielen Landesteilen rechnen. Die Opposition würde noch durch viele nicht dem Arbeiterstande Angehörige verstärkt werden. Auch viele Parlamentarier hielten an ihrer alten Ueberzeugung fest. Die Regierung könnte in der Lage kommen, die Reichsverteidigungsakte gegen Abgeordnete anzuwenden. Thomas (Arbeiterpartei) kritisierte die Erklärung Lord Derby, ferner die Rede Churchill, die notwendig andere Erklärungen herausfordere. Die Arbeiter seien des elenden Streites zwischen den Männern, die die Kriegsführung leiten, überdrüssig. Der Redner schloß: Ich glaube nicht, daß irgendeine Regierung die Wehrpflicht im Unterhause durchbringen kann. (Beifall bei den Radikalen.) Es würden den Arbeitern notwendig sein, aber selbst dann würde die Opposition jeden Absatz, jede Zeile des Wehrpflichtgesetzes bekämpfen. Gewisse Mitglieder des Hauses und des Kabinetts irrten sich über die Stärke der im Lande gegen die Wehrpflicht herrschenden Stimmung. Bonar Law bestritt, daß ein Widerspruch zwischen den Erklärungen Asquiths und Lord Derby bestünde. Er legte die bekannten Schwierigkeiten der Regierung dar und sagte: Asquith hat den Gedanken eines Systemwechsels in der Rekrutierung, wird aber vielleicht zu dem Entschluß kommen, daß eine Änderung notwendig wurde. Es ist ein großer Irrtum zu glauben, daß wir unsere Finanzen so einrichten können, daß wir den Krieg unbegrenzt fortsetzen können. Der einzige Weg ist, die finanziellen Hilfsmittel in die Wagbale zu werfen, um eine schnelle Entscheidung zu erzielen. Es verhält sich ebenso wie mit den großen Armeen des Kontinents, Frankreich weiß genau, daß es die Armee nicht für eine beträchtliche Zahl Jahre auf dem jetzigen Stand erhalten kann. Es hofft aber, den Stand so lange zu erhalten, bis der Feind geschlagen ist. Ebenso ist es mit den Finanzen. Wir können nicht ewig aushalten, müssen jedoch länger aushalten als der Feind. Die beste Finanzpolitik ist, eine möglichst große Armee aufbringen zu können, um den Krieg möglichst schnell zu beendigen. Je eher der Krieg zu Ende ist, desto besser ist es für die Finanzen und für alles übrige.

So deutlich wie am Mittwoch ist die Absicht der englischen Regierung, eine Vorlage zur Änderung des Rekrutierungsgesetzes einzubringen, bisher kaum ausgesprochen worden. Asquith, so sagte der Kolonialminister Bonar Law, hat den Gedanken eines Systemwechsels in der Rekrutierung, werde aber vielleicht zu dem Entschluß kommen, eine Änderung zu empfehlen, und dann bemühte sich Bonar Law selbst, die Notwendigkeit dieser Änderung auf einigen Umwegen zu beweisen. Am 30. November läuft die der Werbekampagne des Lord Derby gefolgte Frist ab, und es ist kaum noch zweifelhaft, daß sehr bald nach diesem Zeitpunkt das Kabinett eine Vorlage einbringen wird, die den Unterheirateten, abgesehen vielleicht von den Arbeitern in bestimmten Industrien, den verbotenen Zwang auferlegt.

Thomas, der Vertreter der Eisenbahnerorganisation, hat nun im Unterhause angekündigt, daß die Opposition jeden Absatz und jede Zeile des Entwurfs bekämpfen werde. Diese Entschlossenheit mag bestehen. Daß sie aber das Zustandekommen des Gesetzes verhindern könnte, läßt sich kaum annehmen. Bezeichnet die Regierung die Dienstpflicht als unangenehm, dann wird sie nach aller Wahrscheinlichkeit die Mehrheit des Parlaments auf ihrer Seite haben. Bei ihrem Widerspruch verharren werden wohl die Freen — auch dann, wenn das Wehrgesetz nicht auf Irland ausgedehnt wird —, die radikalen Liberalen und im besten Fall die Hälfte der Arbeiterpartei. Zusammen sind das 120—150 Mann, denen mehr als 500 Anhänger der „Reform“ gegenüberstehen. Das wird ein sehr ungleicher Kampf, und der Anwendung der Waffe der Obstruktion, mit der Thomas droht, sind im englischen Parlament auch sehr enge Grenzen gezogen, da die Regierung die Möglichkeit besitzt, einen automatischen Schluß der Debatte herbeizuführen.

Weit wirksamer als der Widerstand in der Volksvertretung könnte der Widerstand im Volke selbst werden. Sicher wird nun der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft von dem Wehrzwang nichts wissen. Aber von dieser Abneigung bis zu Handlungen, die das Vorhaben der Regierung zu vereiteln vermöchten, ist noch ein recht weiter Weg.

Herabsetzung der englischen Bergarbeiterlöhne?

London, 18. November. (W. Z. B.) Das Einigungsamt des Kohlenreviers Südwales beschloß eine fünfprozentige Herabsetzung der Arbeiterlöhne. Der Rückgang des Außenhandels verursachte, daß Anfang der Woche ein Duhend Gruben stillstanden und 10 000 Arbeiter feierten. Arbeiter und Arbeitgeber beurteilen gleichmäßig die Beschränkung der Kohlenausfuhr durch die Regierung; amerikanische Kohle erobere die britischen Absatzmärkte.

Revision der amerikanischen Neutralitätsgesetze.

Washington, 18. November. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Dem Kongreß wird in der nächsten Session eine Revision der Neutralitätsgesetze vorgelegt werden, durch die dem Justizdepartement ein wirksameres Vorgehen gegen die Anschläge in den Vereinigten Staaten, die mit dem Krieg zusammenhängen, ermöglicht werden soll.

Vom Schweizerischen Einfuhrtrutz.

Bern, 18. November. (B. Z. W.) Die „Societe Suisse de Surveillance Economique“ eröffnet heute ihre Tätigkeit. Ihre Hauptaufgabe ist die Förderung der Einfuhr aus den Ländern der Entente und über diese Länder nach der Schweiz für ihren eigenen Bedarf. Sie ist die Kontrolle aus über die Verwendung der einzuführenden Waren für den Schweizerischen Verbrauch für Industrie und Gewerbe und über deren Ausfuhr im Rahmen der dafür besonders festgelegten Bedingungen. Die Ermächtigung, Waren an die Adresse der S. S. S. einzuführen, ist durch den Importeur nachzuführen. Sie wird erteilt nach Erfüllung von besonderen Bedingungen und nach einer Angabe über den Charakter der das Geschäft stellenden Firma sowie über ihre Beteiligung an der Einfuhr aus den Ländern der Alliierten vor dem 1. Juli 1914. Sie wird an die Leistung der für richtige Erfüllung und Innehaltung der vertraglichen Bedingungen geforderten Sicherheit geknüpft. Diese kann bestehen im Hinterlegen von Wertpapieren oder in einer Bankgarantie. Die S. S. S. verkehrt mit den Syndikaten, die sich durch Vereinigung von Interessentengruppen oder Firmen gebildet haben; soweit der Zusammenschluß in ein Syndikat von ganzen Gewerbegruppen nicht gelingt, werden auch bereits bestehende Verbände in industriellen, landwirtschaftlichen und kommerziellen Charakter als Syndikate anerkannt.

Unfreundlichkeiten und Freundlichkeiten.

Der Norweger Björn Björnson, der zu Beginn des Krieges in Berlin ein Pressebureau einrichtete, das sich zum Ziel setzte, durch Verbreitung deutschfreundlicher Nachrichten in Skandinavien ein Gegengewicht gegen die Meldungen des Reutersbureaus und der Agence Havas zu schaffen, hat in den letzten Monaten in einer Reihe von schwedischen und norwegischen Städten Vorträge über Deutschland gehalten, die sich im wesentlichen in der gleichen Richtung wie die Reden des Schweden Sven Hedin bewegten. Die Versammlungen verliefen im allgemeinen ruhig und erst als Björnson vor einigen Tagen nach Kopenhagen kam, trieb er auf Widerstand. Sein Versuch, zu sprechen, wurde von einer organisierten Clique von Dänemachern vereitelt.

Die bürgerliche Presse der dänischen Hauptstadt blüht zwar diese Demonstration nicht, möchte sie aber erklären. Man habe keine Kundgebung gegen Deutschland veranstaltet, sondern nur seinem Mißfallen darüber Ausdruck geben wollen, daß ein Standinavien Propaganda für den deutschen Standpunkt mache. Man sei neutral, aber niemand könne nach den nordischdeutschen Erfahrungen besondere Sympathie für Deutschland erwarten usw.

Die Frage der Verechtigung gewisser Stimmungen in Dänemark mag ebenso beiseite bleiben wie die andere, ob es von Björnson taktisch klug war, seine Tournee nach Kopenhagen auszuweiten; jedenfalls bleiben solche Vorkommnisse immer sehr unerfreulich, und die dänische Regierung, die ängstlich um die Erhaltung der Neutralität besorgt ist, scheint denn auch das Geschehene sehr schmerzhaft zu beklagen und sie findet dabei den stärksten Rückhalt bei unserem Kopenhagener Parteiorgan. „Socialdemokraten“ nennt die Kundgebung ein Verbrechen gegen Land und Volk und sätzt fort:

„Diese schändliche Handlung fügte man einem Lande zu, das mehr als jedes andere bis zu diesem Augenblicke und Entgegenkommen und Wohlwollen in diesem Kriege erwiesen hat und jeden Tag uns auf die beste Weise unterstützt, indem es geduldig zuseht, wie unsere Mutter- und Fleischschiffe wie bisher über die Nordsee fahren. Alle verständigen und denkenden Menschen müssen sich in der Entrüstung zusammenschließen, über diese schändlichen Vorkommnisse, deren Ziel nur sein kann, Unglück über das Land zu bringen. Auch ein bekannter Führer in Schweden hat den Skandal auf das schärfste verurteilt, der nur geeignet sein könne, das jetzige gute Verhältnis zwischen der deutschen Regierung und den Nordischdeutschen zu föhren.“

Diese energische Abkühlung der Dänemacher durch das führende Organ der dänischen Sozialdemokratie wird der dänischen Regierung sehr willkommen sein, und die warmen Worte für das die Freiheit des Mutterlandes schützende Deutschland werden auch von der deutschen Regierung gern vernommen werden.

Verweigerung des Kriegsdienstes in Italien.

Hamburg, 17. November. (B. Z. W.) Dem „Fremdenblatt“ wird aus Stockholm gedruckt: Der Redakteur der schwedischen sozialdemokratischen Zeitung „Arbetet“, der Reichstagsabgeordnete Dr. Gunnar Löwengren, der kürzlich Italien besuchte, schildert folgende Szene aus Florenz: Bei meiner Ankunft auf dem Bahnhof war dieser von einer neugierigen und schaulustigen Volksmasse überfüllt, und auf meine Fragen, warum so viel Volk zusammengeströmt sei, sagte man mir, daß man gekommen sei, um die Sozialisten, die mobilisiert werden sollten, zu sehen. In Haufen von je 20 Mann zogen die Verurteilten unter starker Bewachung vorüber. Sie hatten noch immer ihre Uniformen an. Man sah unter dem grau gefärbten Landmilitär auch eine Gruppe blauer Seemannsjuden. Es waren ihrer ungefähr zweihundert, die sich aus Ueberzeugung und Haß gegen den Krieg geweigert hatten, dem Befehl zu gehorchen, gegen den Feind zu ziehen. Sie waren jetzt vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und sollten nach Arago geführt werden, um erschossen zu werden. Die meisten versuchten, eine freimütige Haltung zu bewahren und der eine oder der andere zeigte sogar Trost. Wie sie wurden sie in die Wagen, die für sie bereit standen, und die vor den Fenstern eiserne Gitter hatten, hineingetrieben. Die Zuschauer schienen im allgemeinen wenig Mitleid zu haben, aber für den Fremdling, der aus Zufall ein unfreiwilliger Zuschauer dieses Auftritts geworden war, war es ein letzter, kräftig sprechender Beweis gegen das Verbrechen vom Kriegsdienstverweigerung in Italien.

Die volle Richtigkeit dieser Meldung möchten wir einstweilen bezweifeln. Denn wir halten es für ausgeschlossen, daß in einem Weltkrieg wie dem gegenwärtigen, eine Regierung die verweigerte und möglicherweise höchst verhängnisvolle Entschlossenheit finden könnte, zu einem solchen Massenblutbad gegen eigene Heeresangehörige zu schreiten.

Die griechische Sorge.

Während sich der Ring der deutschen, österreichischen und bulgarischen Armeen um die Ueberreste der serbischen Armee immer enger zusammenzieht, fahren die Engländer und Franzosen fort, Truppen in Saloniki zu landen, und aus der führenden französischen Presse geht deutlich hervor, daß man auch eine Intervention Italiens — zunächst an der montenegrinischen Küste — als nahe bevorstehend betrachtet. Welche Bedeutung die Alliierten den Vorgängen am Balkan zuweisen, geht aus daraus hervor, daß — wie die „Frankf. Sta.“ meldet — Lord Ritchener offenbar die Mission habe, sobald die nötigen Truppen herangezogen seien, als Organisator des ganzen Feldzuges in Griechenland aufzutreten. Sehr bedeutsam ist jedenfalls die Tatsache, daß Ritchener in Saloniki angekommen ist und dort sofort einen Kriegsrat abgehalten hat. Gleichzeitig hat die Konzentrierung der Entente-Flotte vor Saloniki und dem Piräus begonnen. Neben dem rein militärischen Vorbereitungen der Alliierten laufen auch die Vorbereitungen politischen Charakters. Die größte

Sorge der Entente am Balkan ist jetzt Griechenland. Da auf ein aktives Eingreifen Griechenlands — nach der abermaligen Niederlage Venizelos' — nicht zu rechnen ist, richten die Alliierten ihre Anstrengungen darauf, unter Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu Griechenland, das Schicksal der in Saloniki gelandeten Truppen zu sichern und von Griechenland das Zugeständnis zu erzwingen, daß die auf griechisches Gebiet flüchtenden serbischen Truppen nicht entlassen werden sollen. In dem Maße, wie die Truppenzahl der Alliierten in Süd-Mazedonien und die Stärke der vor den griechischen Küsten versammelten Kriegsschiffe zunimmt, macht sich denn auch eine Tonart in der griechischen Presse bemerkbar. So meldet die „Morning Post“ aus Athen, in den letzten Tagen habe sich die Tonart der Regierungspresse bezüglich der Intervention der serbischen und Ententetruppen im Falle eines Rückzuges auf griechisches Gebiet wesentlich geändert. Man sieht nunmehr aus, daß ein solcher Rückzug sehr unwahrscheinlich sei, auch habe Griechenland eine solche Entlassung nicht unbedingt gefordert, sondern nur erklärt, daß Griechenland eigentlich dazu verpflichtet sei.

Indessen drängt die Diplomatie und die Presse der Entente auf eine sofortige unbedingte Klärung dieser Frage. Zur diplomatischen Beeinflussung Griechenlands ist der als griechenfreundlich bekannte französische Minister Denys Cochin in Athen eingetroffen. Gleichzeitig drängt aber auch die englische und französische Presse darauf, daß die Diplomatie die Demobilisierung der griechischen Armee durchsetze. Mit welchen Argumenten die Presse hierbei arbeitet, geht aus einem Leitartikel der Londoner „Times“ hervor, in der die Notwendigkeit der Demobilisierung der griechischen Armee mit der infolge der Auflösung der Kammer erforderlich gewordenen Wahlen begründet wird:

„Wenn das griechische Heer nicht demobilisiert wird, so ist die Wahl in jedem Falle nicht als ein Schein, dem zahlreiche Wähler sind unter den Waffen. Die Anhänger Venizelos' sind deshalb sehr im Nachteil. Zweifelsohne war auch die Absicht, die Venizelisten zu benachteiligen. Deshalb ist es nötig, den König und seine Anhänger noch einmal daran zu erinnern, daß die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Regierung in Griechenland, die man jetzt im Begriffe ist, zu verlegen, absolut nicht lediglich eine Angelegenheit der inneren griechischen Politik ist. Auf Grund des Vertrages von 1832, mit dem England die ionischen Inseln dem Königreich Griechenland auslieferte, garantierte die drei Mächte, England, Frankreich und Rußland, die verfassungsmäßige Regierung in Griechenland. Niemand kann nun in gutem Glauben behaupten, daß die Geschehnisse der letzten Tage nicht auf eine Willkür hinauslaufen, da der König neue Wahlen durchsetzt, während das Heer mobilisiert ist, was mit dem Geiste des Vertrages von 1832 nicht übereinstimmt und sich mit der gegenwärtigen griechischen Verfassung nicht vereinigen läßt. Wir sind noch geneigt, zu glauben, daß es heilsam wäre, wenn der Viererband Griechenland erinnert, daß seine Interessen an der Aufrechterhaltung der griechischen Verfassung nicht nur theoretischer Art sind.“

Diese Sprache des englischen Regierungsblattes zeigt deutlich, welchem ungeheuren Druck jetzt Griechenland ausgesetzt ist. Zugleich geht aber auch daraus hervor, welche enorme Bedeutung die Vorgänge in Griechenland zurzeit erlangt haben.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 18. November. (B. Z. W.) Das Hauptquartier meldet von der Dardanellenfront vom 14. November: Bei Anafarta und Ari Burun beiderseitiges Feuer. Unsere Artillerie zwang ein feindliches Torpedoboot bei Kemiklisan, das Material bei Ari Burun zu landen versuchte, sich vom Ufer zu entfernen. Bei Seddulbahr konnte die feindliche Artillerie uns am 14. November, trotzdem sie achtaufend Granaten, Minen und Bomben gegen unseren linken Flügel abfeuerte, keinen bedeutenden Schaden anrichten. Am 15. November schloß der Feind 3000 Bomben gegen unseren rechten Flügel ab und beschloß am Nachmittag heftig unsere vorgeschobenen Stellungen im Zentrum mit Land- und Marineartillerie. Sie brachte zwei Minen zur Entzündung und nahm die Beschienung bis um 5 Uhr wieder auf. In der Zwischenzeit griff der Feind den linken Flügel eines unserer Regimenter im Zentrum an, er wurde aber leicht zurückgeworfen. Als der Feind einen Angriff auf die Front eines anderen unserer Regimenter versuchte, kam er bis zu unseren vorgeschobenen Schützengräben, er wurde aber durch Planenfeuer aus unseren benachbarten Gräben und durch einen Gegenangriff vollkommen von diesen vorgeschobenen Linien bis zu seinen früheren Stellungen zurückgeworfen. Er erlitt schwere Verluste. In der Front von Irak schossen wir ein zweites englisches Flugzeug ab und erbeuteten es unversehrt. Auf dem Tigris versenkten wir einen feindlichen Kriegsmonteur mit samt Besatzung. Arabische Freiwillige zerstörten durch überraschende und glänzende Angriffe auf das feindliche Lager seine Telegraphenleitungen und machten große Beute. Nach unseren Informationen war das erbeutete Flugzeug ein Farmanapparat, Modell 1911, mit einem Hundertpferdemotor und einer Geschwindigkeit von 90 Kilometer. Sonst nichts von Bedeutung.

Unterredung des deutschen Botschafters mit dem Staatssekretär Lansing.

London, 18. November. (B. Z. W.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Der deutsche Botschafter Graf Fernstorff und Staatssekretär Lansing hatten gestern eine einstündige Unterredung. Keiner von beiden wollte sagen, was besprochen wurde. Man deutete jedoch in amtlichen Kreisen an, daß wahrscheinlich über den „Lustitia“-Fall beraten wurde.

Die Ausländerfrage an den deutschen Universitäten.

Das Studium der Ausländer an deutschen Universitäten, eine für den Kultureinfluß und die Kulturwürde Deutschlands sehr bedeutsame Frage, soll in Zukunft nach folgenden Leitfäden geregelt werden:

I. Zulassung zur Immatrikulation.

1. a) Die Zulassung eines Ausländers kann erst erfolgen, wenn ein wissenschaftlicher Befähigungsnachweis erbracht ist, der den Anforderungen an die deutschen Studenten entspricht.

b) Als Mindestforderung sind Zeugnisse anzusehen, die in der Heimat des Ausländers die Berechtigung zum Studium geben.

c) Immatrikulationen von Ausländern aus Staaten, die das deutsche Reisezeugnis nicht als ausreichend für die Zulassung zu ihren Hochschulen erachten, finden nicht statt, bis diese Staaten das deutsche Reisezeugnis anerkennen.

2. Die Immatrikulation eines Ausländers kann nur erfolgen, wenn er eine befriedigende Kenntnis der deutschen Sprache nachweist (durch besondere amtliche deutsche Prüfung).

3. Die Zulassung eines Ausländers ist abhängig von dem Nachweis von Mitteln zur Führung eines standesgemäßen Lebens.

4. Die Anzahl der zugelassenen Studierenden (mit Einschluß der Hörer) aus einem Staate darf 15 vom Hundert der Gesamtzahl der an dieser Hochschule immatrikulierten ausländischen Studierenden nicht übersteigen.

II. Immatrikulation und Gebühren.

5. a) Die Immatrikulation und Inscription (sowie die Eintragung als Hörer) der Ausländer erfolgt in besonderen Listen.

b) Die Ausländer erhalten Ausweisarten, die von denen der deutschen Studenten durch andere Färbung unterschieden sind.

6. a) Die Ausländer — mit Ausnahme der Ausländer deutscher Abkunft und Muttersprache — zahlen höhere Gebühren bei der Immatrikulation und höhere Kollegelder als die deutschen Studenten.

b) Für die Ausländer — mit Ausnahme der Ausländer deutscher Abkunft und Muttersprache — ist ein besonderer Semesterbeitrag von 100 M. einzuführen.

c) Stundung der Gebühren ist für Ausländer ausgeschlossen.

III. Zulassung zu Vorlesungen und Übungen.

7. a) Die Ausländer — mit Ausnahme der Ausländer deutscher Abkunft und Muttersprache — dürfen Vorlesungen und Übungen, sowie Plätze in den Hörsälen und Instituten erst eine Woche nach Beginn der Vorlesungen belegen.

b) Bei allen Vorlesungen und Übungen mit Demonstrationen sind die ersten vier Bankreihen den Reichsdeutschen vorbehalten.

8. a) Zu Vorlesungen, Übungen und Führungen mit beschränkter Teilnehmerzahl, sowie zum Arbeiten in Instituten und Kliniken sind die Ausländer nur zu einem für die einzelnen Hochschulen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse festzulegenden Prozentsatz zugelassen.

b) Ausländer haben zu den klinischen Vorlesungen und Übungen erst Zutritt vom 5. Semester an und nachdem sie die ärztliche Vorprüfung (tentamen physicum) oder eine ihr gleichwertige Prüfung bestanden haben.

9. Als Assistenten und Assistenten in den Seminaren, Instituten und Kliniken sind die Ausländer nur dann zugelassen, wenn kein Deutscher sich zur Besetzung der Stelle bereit findet.

IV. Zulassung zu Studentenvertretungen.

10. Zu den Studentenausschüssen an den deutschen Hochschulen haben die Ausländer weder aktives noch passives Wahlrecht.

V. Zulassung zu Prüfungen.

11. a) Ausländer sind zur Ablegung der Doktor- oder Diplomprüfung nur mit Genehmigung der betreffenden Fakultät, zu den Staatsexamen nur mit Genehmigung des zuständigen Ministers zugelassen.

b) Nur die nach dem Begehen der Prüfung in der deutschen Sprache liegenden Studiensemester werden bei Examenmeldungen berücksichtigt.

Letzte Nachrichten.

Ein Raucherbot.

Amlich, Berlin, 18. November. (B. Z. W.)

Bekanntmachung.

Um der Gefahr entgegenzutreten, daß durch Unachtsamkeit beim Rauchen Brände entstehen, durch welche Kriegsmaterial vernichtet und die Befriedigung der Heeresbedürfnisse gestört wird, bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Gesetzsammlung S. 451):

I.

Das Rauchen ist verboten in

1. allen Betriebs- und Lagerräumen, wo Sprengstoffe und Pulver für Ränder verarbeitet und anders Kriegsmaterial hergestellt und gelagert wird;
2. allen Treppenhäusern, Aufzügen, Fluren und Gängen, wo Sprengstoffe, Pulver, geladene Fäuser und Fäuserstücke befördert werden;
3. allen Werkstätten und Lagerräumen, wo brennbare Gegenstände und Stoffe, wie Holz, Papier, Baumwollstoff, Lade, Spiritus, Petroleum und dergleichen gelagert und bearbeitet werden.

II.

Zuwerbende und verantwortliche Betriebsleiter, die das Rauchen dulden, werden mit Geldstrafe bis zu 100 Mark, im Nichtvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft, sofern nicht nach anderen Strafvorschriften schärfere Strafe verurteilt ist.

III.

Weitgehende Raucherbotte in Polizeiverordnungen oder in Arbeitsordnungen werden durch dieses Verbot nicht berührt.

IV.

Diese Bekanntmachung ist an allen zu 1 genannten Stellen in deutlich lesbaren und in die Augen fallender Weise anzuschlagen. Die Anschläge sind während der ganzen Dauer des Kriegszustandes zu unterhalten und wenn nötig zu erneuern.

V.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft; ihre Durchführung erfolgt durch die Polizeiverwaltungen.

Der Oberbefehlshaber v. Kessel, Generaloberst.

Eine Hilfsaktion für die Hausbesitzer.

Berlin, 18. November. (B. Z. W.) Heute vormittag trat im Reichstagsgebäude die vom Staatssekretär des Innern eingesetzte Immobilienkredit-Kommission zu einer zweitägigen Sitzung zusammen, zu der etwa 120 Sachverständige eingeladen waren.

Ministerial-Direktor Dr. Lewald eröffnet als Vertreter des Staatssekretärs die Verhandlungen und bat, mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit die Erörterung streng auf den für diese Sitzung der Kommission in Aussicht genommenen Verhandlungsgegenstand, d. h. auf eine Besprechung folgender Frage zu beschränken:

„Welche Maßnahmen sind geeignet, die Beschaffung des nötigen Immobilienkredits, insbesondere für den Kleinwohnhausbau nach dem Kriege zu erleichtern?“

Der Verhandlungsleiter hob ausdrücklich hervor, daß von einer Ausprägung über diejenigen Maßnahmen, die zur Befreiung der augenblicklichen Notlage des Hausbesitzes geeignet erscheinen, also von einer Erörterung sogenannter Kriegsnotstandsmaßnahmen möglichst abzusehen sei, da die Beratungen der Kommission dazu beitragen sollen, die Grundlage für eine dauernde Gesundung des Bodenkredits zu finden.

Die Beratungen am ersten Tage waren in erster Linie auf die Prüfung der Frage gerichtet, ob die Gründung von Pfandbriefanstalten nach Art der Landhypothenekasse geeignet erscheint, auf dem Gebiete des städtischen Immobilienkredits die bestehenden bzw. zu erwartenden Mißstände zu mildern.

Oesterreichische Flieger über Verona.

Rom, 17. November. (B. Z. W.) Meldung der Agenzia Stefani. Feindliche Flugzeuge erschienen vormittags über Verona und warfen einige Bomben ab. Ein Knabe wurde verletzt, Sachschaden wurde nicht angerichtet.

Adalbert Stremski gestorben.

In der Nacht zum 17. November starb in Posen der Redakteur des polnischen Gewerkschaftsblattes „Oswojata“, Genosse Adalbert Stremski, 54 Jahre alt, an Gehirnhautentzündung. Stremski war als tätiges Parteimitglied in Posen geschätzt.

Gewerkschaftliches.

Der Tarif des Kriegsbekleidungsamtes ist maßgebend.

Die Klagen der Militärschneider nicht aussichtslos!

In Nr. 583 der „Berliner Volkszeitung“ erschien die folgende Notiz:

Aussichtslose Klagen.

Der Tarif des Kriegsbekleidungsamtes.

Trotzdem das Berliner Gewerbegericht wiederholt entschieden hat, daß die Lohnsätze des Tarifs des Kriegsbekleidungsamtes zwar eine wertvolle Richtschnur für private Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind, aber darüber hinaus mangels einer gesetzlichen Grundlage in Gestalt eines Reichstariages keine privatrechtliche Wirkung haben, und trotzdem auch das Berliner Landgericht als Berufungsinstanz sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß Lohnabmachungen zwischen den Arbeitern und den Lieferanten des Kriegsbekleidungsamtes von dem im Tarif festgesetzten Löhnen nicht berührt werden, nehmen die Klagen vor dem Gewerbegericht auf Nachzahlung der Differenz zwischen den Tariflöhnen und den niedrigeren tatsächlich vereinbarten Löhnen kein Ende.

Erst gestern wieder klagte eine Arbeiterin gegen die Firma Cohn u. Co., für die sie einige tausend Drillschäden angefertigt hatte. Sie bekam für die Jacke 80 Pf. und hatte sich mit dieser Entlohnung einverstanden erklärt, als sie hinterher erfuhr, daß der Tarif des Kriegsbekleidungsamtes einen Lohn von 1,17 Mark für die Drillschäden vorschreibt. Sie verlangt nun mit ihrer Klage Nachzahlung von rund 500 Mark Differenz. Trotz aller Vorhaltungen des Vorsitzenden, Magistratsrats Dr. Leo, daß nach der Entscheidung des Berliner Landgerichts und nach der ständigen Rechtsprechung aller Gewerbegerichte die Klage aussichtslos sei, konnte sich die Klägerin nicht dazu bequemen, die Aussichtslosigkeit ihrer Klage einzusehen. Sie wurde daher kostenpflichtig abgewiesen und war auch nicht davon abzubringen, noch an das Landgericht zu gehen.

Da die Entscheidung des Berliner Landgerichts, die eine materiell ungültige und unanfechtbare Entscheidung ist, seinerzeit ausschließlich in den Blättern wiedergegeben ist, so sollten die beteiligten Kreise von der Erhebung so aussichtsloser Klagen Abstand nehmen und aus der nun einmal vorhandenen Rechtslage insofern alle Konsequenzen ziehen, daß sie sich vorher über die Höhe der Tariflöhne unterrichten und mit dem Unternehmer nur Lohnvereinbarungen in dieser Höhe abschließen.

In der letzten Sitzung der Schlichtungskommission beriefen sich mehrere beklagte Unternehmer auf das Landgerichtsurteil bzw. auf obige Notiz. Daraufhin gab Magistratsrat v. Schulz folgende Erklärung ab:

Die Entscheidung des Landgerichts, die hier von mehreren Beklagten angeführt worden ist, kann nicht ohne weiteres auf die Fälle, um die es sich vor der Schlichtungskommission handelt, angewendet werden. Das Schiedsgericht muß sich zwar auch nach dem Gesetz richten, es kann aber unabhängig vom Landgericht und Gewerbegericht entscheiden. Die Schlichtungskommission ist frei und selbständig. Beide Vorinstanzen haben bei ihrer Urteilsfällung einen wesentlichen Punkt außer acht gelassen, nämlich: daß jener betreffende Unternehmer sich nicht nur den Vertragsbestimmungen

des Kriegsbekleidungsamtes unterworfen, sondern auch bei der Eröffnung der Schlichtungskommission hervortragend mitgewirkt hat.

Auch sagte der Herr Vorsitzende einem Zwischenunternehmer, der besonders schlecht entlohnt hat, wenn er weiterhin solche Standardlöse Preise zahlen würde, die Schlichtungskommission sich an die Militärbehörde wenden und dafür sorgen würde, daß dieser Unternehmer keine Arbeit mehr bekäme.

Kunze vom Schneiderverband führte weiterhin aus: Wenn es mit der Rücksicht der von der Militärbehörde festgesetzten Bestimmungen durch die Unternehmer so weiter fortgehe, dann werde er Schritte unternehmen, sowohl bei der Polizei als auch bei der Militärbehörde, damit solche Betriebe unzugänglich geschlossen würden. Lediglich werde das Oberkommando wohl recht bald eine einseitige Rechtsprechung in bezug auf Kriegslöhne herbeiführen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen ist dringend zu raten, bei Lohnangelegenheiten sich zuerst an den Verband der Schneider, Sebastianstraße, zu wenden.

Ferner wurde bekanntgegeben: Der Schneiderverband ist nicht für Sattlerarbeiten zuständig. Sanitätslöhnen hat die Schlichtungskommission für Sattlerarbeit erklärt und demgemäß werden alle dieser Arbeit wegen angestregten Klagen an die Schlichtungskommission für das Lebergewerbe verwiesen. Als Sattlerarbeit haben auch zu gelten: alle Gegenstände aus Segeltuch, wie Zeltdächer, Gatanappen, Atemschüher usw. Für diese Artikel ist der Sattler- und Portefeuilerverband, Gewerkschaftshaus, zuständig.

Berlin und Umgegend.

Arbeitslöhne für Militärarbeiten.

Infolge vielfacher Anfragen geben wir hiermit nochmals die Lohnbedingungen für Militärarbeiten, wie solche vom Gardekorps erlassen sind, bekannt:

Von den Kriegsbekleidungsämtern des Garde- und des 3. Armeekorps ist für den Bereich der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg in Abänderung der bisher geforderten Mindestlöhne für das Nähen von Helmbezügen neuer Art nachstehender Lohnsatz festgelegt worden. Dieser Tarif gilt für alle seit dem 1. Oktober 1915 erteilten Aufträge, ohne Rücksicht darauf, wer den Auftrag erteilt hat; gleichzeitig werden die Mindestlöhne für das Nähen von Halsbinden, Armbinden und Salzbeutel in Erinnerung gebracht. Der neue Tarif sieht folgende Löhne vor:

Nählohn für	alter Art	neuer Art
	16 1/2 Pf.	15 Pf.
1 Halsbinde	15	15
1 Helmbezug für Infanterie oder Artillerie	28	28
1 Tischpfeifebezug	22	20
1 Tischpfeifebezug	18	18
1 Kürassierhelmbezug	20	20
1 Husaren-Mützenbezug	18	18
1 Armbinde, weiße	2	2
1 Armbinde, weiße, mit rotem Kreuz	3	3
Salzbeutel	2	2
Aufnähen der Buchstaben und Nummern bei den Helmbezügen für das Stütz	1 1/2	1 1/2

Diese Löhne sind reine Nähelöhne. Zuschneiden und sonstige Vorarbeiten sind nicht einbezogen. Der Arbeitgeber liefert alle Materialien, die zur Herstellung notwendig sind, mit Einschluß des Nähgarns, dem Arbeiter kostenlos. Die Firma verpflichtet sich, jederzeit

die auf diese Angelegenheit bezüglichen Geschäftsbücher und Geschäftspapiere dem Amt zur Einsichtnahme vorzulegen.

Verstößt die Firma gegen eine der vorstehenden Bedingungen, so kann ihr der Auftrag ohne jede Entschädigung entzogen werden.

Ueber die Beschäftigungsverhältnisse in den Schriftgießereien wurden in einer am 16. November abgehaltenen Generalversammlung des „Verbands der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ einige Mitteilungen gemacht. Der Beruf der Schriftgießer ist durch den Krieg besonders hart getroffen worden. Die Buchdruckereien behielten sich nach Möglichkeit mit dem vorhandenen Bestande an Schriftmaterial. Nur das Allernotwendigste wird bestellt. Die Zahl der in Schriftgießereien Beschäftigten ist beständig im Laufe des letzten halben Jahres in verschiedenen Gießereien noch weiter heruntergegangen, als sie es vorher schon war. Es gibt nur einen Betrieb, wo voll gearbeitet wird, ja noch einige Arbeitskräfte hinzukommen. Das ist der Schriftgießereibetrieb der Reichsdruckerei, wo ja sozusagen Kriegarbeit gemacht wird, indem unter anderem Material für die Felddruckereien hergestellt wird. Im übrigen gehört die Schriftgießerei zu den Gewerben, die am meisten unter dem Kriege zu leiden haben. Trotz der schlechten Lage im Schriftgießergewerbe sind jedoch die Schriftgießer in Arbeit; denn sie haben, soweit sie im eigenen Beruf frei wurden, in anderen Betrieben Arbeit erhalten, namentlich auch in der Rüstungsindustrie. Ferner besteht eine Vereinbarung mit dem Stereotypenverleiher, monach Schriftgießer frei werdende Stellen in der Stereotypie besetzen können, wo infolge der militärischen Einziehungen ein Mangel an Stereotypen eintrat. 20 bis 25 Schriftgießer arbeiten in verschiedenen Stereotypen. Den Stereotypen gegenüber ist man natürlich die Verpflichtung eingegangen, daß beim Wiedereintritt normaler Verhältnisse (Kriegsende) die Stellen wieder den Stereotypen eingeräumt werden. Infolge der Beschäftigung vieler Schriftgießer in berufsfremden Betrieben ist die Frage dringend geworden, wie ihr Verhältnis zum Verein zu regeln sei, soweit sie nicht von selbst schon statutenmäßig ihre Verträge weiter entrichtet haben. Zum Teil sind nämlich die in anderen Berufen Untergekommenen mit größeren Resten rückständig geblieben. Nach Erörterung der hiermit zusammenhängenden Fragen beschloß die Generalversammlung:

Alle restierenden Mitglieder, auch die in anderen Berufen tätigen, dürfen ihre Reste binnen 14 Tagen begleichen. Tun sie das, so bleiben sie Mitglieder mit allen Rechten. Wer aber über die statutenmäßige Zeit hinaus restiert und der nach diesem Beschluß gegebenen Möglichkeit der Nachzahlung binnen 14 Tagen nicht genügt, gilt nicht mehr als Vereinsmitglied.

Eine besondere Ehrung bereitet die Versammlung dem Kassierer Pfahmann, der jetzt sein Amt seit 25 Jahren verwaltet.

Deutsches Reich.

Knappschäftsältestenwahlen.

Im Frühjahr 1916 hat die Generalversammlung des Allgemeinen Knappschäftsvereins Bochum, in dem die Bergarbeiter Rheinland-Westfalens versichert sind, Statzufinden. Zu dieser haben die Versicherten 80 Abgeordnete zu entsenden, die von den Ältesten aus ihren Reihen zu wählen sind. Der Bergarbeiterverband, dem die meisten Knappschäftsältesten angehören, vereinbarte mit den anderen Organisationen, bei der Wahl zusammenzugehen und eine Vorkandidatliste einzureichen, wodurch der Wahlkampf erpart wird. Auf die Ältesten des Verbandes entfallen dabei 58 Mandate, auf die des örtlichen Gewerkschaftsvereins 17 und auf die polnische Berufsvereinigung 5 Mandate.

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Freitag und Sonnabend

Kolonialwaren

Gem. Backobst Pfd. 65 72 88 Pf.	Grünkern ganz . . . Pfund 68 Pf.
Bosnische Pflaumen Pfd. 68 Pf.	Grünkern Mehl . . . Pfund 78 Pf.
Kalif. Pflaumen Pfund 88 98 Pf.	Grünkern Grieß . . . Pfund 78 Pf.
Kalif. Aprikosen . . Pfund 1.20	Grünkern Flocken . . Pfund 78 Pf.
Kalif. Pfirsiche . . . Pfund 78 Pf.	Kälberzähne Pfund 48 Pf.
Feigen Pfund 42 Pf.	Kartoffelmehl Pfund 28 Pf.

Bouillon-Würfel

Dose 10 20 50 100 500 Stück

Olympia-Bouillon-Würfel 32 62 Pf.	1.50 2.90 14 M.
Hühner-Bouillon-Würfel 35 68 Pf.	1.65 3.20 15.50

Fische

Lebende Lausitzer Karpfen Pfund 1.10 u. 1.20	Lachsforellen } mit Leisgerade Pf. 1.60
Lebende Hechte Pfund 1.25	Leb. Forellen } Pf. 3 M.
Lebende Schleie Pfund 1.30	Isländ. Kräuter-Heringe 40 Pf.
Seemuschelein . . 5 Pfund 60 Pf.	Neue holländische Matjes-Heringe 15 u. 20 Pf.
Seefische zum billigsten Tagespreise	Feinste Matjes-Heringe 35 u. 40 Pf.
Klipptische Pfund 60 Pf.	Sardellen Pfund 90 Pf. u. 1.60

Marmeladen

Rheinisches Apfelkraut Pfund 60 Pf.	Aprikosen-Marmelade Pfund 68 Pf.
Frischobst-Marmelade gemischt Pfund 52 Pf.	Feinster Kunsthonig flüssig Pfund 38 Pf.

Freitag und Sonnabend

Tee

Souchong - Melange	II	III	IV	V
Pfd. 2.80 3.40 3.80 4.20				
Ceylon-Melange 4.20				

Holländisch. Kakao

Pfund 2.50

Holländ. Bruchschokolade

Pfund 1.70

Salzfische

Kopf- oder Schwanzstück	Inganzen Fischen	Mitteltstück
Pfund 35 40 45 Pf.		
Kostproben 11-1 und 5-7 Uhr		

Käse

Emmenthaler Schweizerkäse Pfd. 1.50
Emmenth. Schachtelkäse Stück 1.40
Holländerkäse Pfund 1.25

Freitag und Sonnabend

Moselwein

1/2 Fl. bel 10 Fl.	1/4 Fl. bel 10 Fl.
Obermoseler . . . 67 Pf. 65 Pf.	1911 Oberfelder Rosenberg 1.35 1.30
1911 Wintringer . . 87 Pf. 85 Pf.	1911 Trabener Königsberg 1.65 1.60
1912 Zeltinger . . . 1.05 1 M.	1911 Piesporter Ginterslay 1.90 1.85

Rheinwein

1/4 Fl. bel 10 Fl.	1/2 Fl. bel 10 Fl.
Edenkobener . . . 67 Pf. 65 Pf.	1911 Hahnheimer 1.35 1.30
1912 Diedesfelder 82 Pf. 80 Pf.	1910 Eltviller . . . 1.80 1.75
1912 Gaublockelheimer . . 1.05 1 M.	1909 Liebfrauenmilch . 2.10 2 M.
	1910 Winkeler Steinacker 2.20 2.10

Rotwein

1/4 Fl. bel 10 Fl.	1/2 Fl. bel 10 Fl.
1909 St. Juan Natur-Rotweil 1 M 95 Pf.	1911 Crü du Paradis . . . 1.85 1.80
1911 Lardln Ruch 1.25 1.20	1911 La Rose St. Estèphe 2 M. 1.95
1909 Sab les St. Emilionnals 1.55 1.50	1911 Chät. La Tour de Mons 2.30 2.20
	1909 Chät. Grand PuyDucasse 2.60 2.50

Südwein

1/4 Fl. bel 10 Fl.	1/2 Fl. bel 10 Fl.
Felner alter Tarragona 1.75 1.70	Herbar Ungarwein 1/2 - L. - Pf. 1.35 1.30
Malaga 1.75 1.70	Vermouthweil . . . 1/4 Fl. 1.85 1.80

Obst und Gemüse

Boscop-Reinetten Pfund 20 Pf.	Sellerie große Knolle . . . 20 Pf.
Amoretten-Ebbirnen Pfd. 20 Pf.	Radieschen . . . 5 Bund 10 Pf.
Pastoren-Ebbirnen Pfd. 25 Pf.	Maronen Pfund 35 Pf.
Kochäpfel Pfund 15 Pf.	Kohlrüben Pfund 5 Pf.
Junge Kohlrabi . . Pfund 12 Pf.	Mohrrüben 3 Pfund 25 Pf.
Rosenkohl Pfund 25 Pf.	Weißkohl Pfund 7 Pf.
Chicorée Pfd. 30 Pf. Spinat 15 Pf.	Wirsing- u. Rotkohl Pfd. 11 Pf.

Politische Uebersicht.

Völkerverständigung.

In einer Artikelserie „Durch Frankreich und England“ erzählt Dr. Hans Vorst (im „Berliner Tageblatt“) von einer Unterhaltung in einer Pariser Arbeiterkneipe:

„Mein neuer Bekannter lud mich zum Essen ein und fuhr fort: „Ich glaube ja nicht an alles, was jetzt über die Deutschen geschrieben und erzählt wird. Ich habe auch mit Deutschen zusammengearbeitet. Es waren sehr gute Leute darunter. Sie sind nicht schlimmer als wir. Aber im Kriege, wenn die Armeen in Feindesland stehen, da geschieht leicht manches Unrecht. Der Krieg ist ein entsetzliches Ding. Wir haben ihn nicht gewollt. Aber haben die Deutschen ihn denn gewollt?“ Ich setzte ihm auseinander, daß auch die Deutschen glauben, zum Kriege gezwungen worden zu sein. „Voilà“, meinte er, „da sehen Sie es. Kein Volk wäre in unserer Zeit mehr bereit, einen Angriffskrieg zu führen, alle Völker, die heute miteinander kämpfen, glauben in ihrem Recht zu sein und sich nur zu verteidigen.“ Ich war überrascht und gefesselt, in dieser dumpfen und düsteren Umgebung so freie Worte zu hören. Unser Gespräch war bald sehr lebhaft. Der Monteur setzte mir seine Ansichten über den Krieg auseinander, der heutzutage ein Wahnsinn und eine Unmöglichkeit sei. In alter Zeit, als das Land noch mehr oder weniger den Fürsten gehörte, da hätten wenigstens die Fürsten, und durch sie wiederum ihre Diener etwas davon gehabt. Und die Soldaten wußten damals auch, warum sie ihr Leben in die Schanze schlagen, für hohen Lohn, für die Beute und die Freiheit des Soldatenlebens. Damals konnte es noch Angriffskriege geben. Aber heutzutage zögen doch nicht einmal die Fürsten und Leiter des Staates Nutzen aus einem Kriege, geschweige denn das Volk, das der allgemeinen Wehrpflicht unterliege, ohne irgendeinen Vorteil davon zu haben, außer den wenigen Unternehmern, die durch den Krieg reich werden. Das sei so klar, daß kein Volk mehr einen Krieg billigen könnte, wenn es nicht glaubte, dazu gezwungen zu sein und seine eigene Existenz verteidigen zu müssen. Und da sich alle im Grunde nur verteidigen wollen, so müßten Kriege eigentlich unmöglich sein, wenn nicht die Welt durch Torheit und Verblendung regiert würde. Aber in Zukunft müßten Maßregeln getroffen werden, daß nicht wieder über den Kopf der Völker hinweg plötzlich Kriege ausbrechen können. Wenn die Völker selbst mitreden könnten, dann würden sich alle Streitfragen friedlich lösen lassen.“

Ich fragte ihn, ob er in seinen Kreisen viele Gefinnungsgenossen hätte. Er bestätigte dies und meinte, daß gerade je länger der Krieg dauere, desto mehr Leute sich zu ähnlichen Meinungen bekehrten. Noch seien freilich auch viele Sozialisten durch den Krieg verblendet und das sei wohl auch in den anderen Ländern ebenso. Denn sonst müßten sich ja die Völker zusammenschließen und öffentlich erklären, daß sie einander nichts rauben wollen. Dann erst würde der Krieg ein Ende haben. Denn keine von den großen Mächten, die jetzt miteinander kämpfen, würde einwilligen, einen Frieden zu schließen, der ihren Bestand schmälert.

So stehen wir Sozialisten auch. Und so muß es sein. Denn stolz sind wir auch. Nehmen wollen wir nichts. Aber so lange man uns etwas nehmen will, so lange werden wir den Krieg fortsetzen, und wenn auch wir Alten noch ins Feld müßten.“

Der Prozeß gegen „Die Internationale“.

Gegen die Genossinnen Dr. Rosa Luxemburg und Klara Zetkin und die Genossen Dr. Franz Mehring und Peter Berlin und Heinrich Pfeiffer ist wegen Herausgabe und Drucklegung des Heft 1 der „Internationale“ Anklage erhoben worden. Die Anklage erblickt in den Aufträgen „Der Wiederaufbau der Internationalen“ von Rosa Luxemburg und „Für den Frieden“ von Klara Zetkin Vergehen gegen die §§ 130, 110, 111 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung zum Aufruhr, Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz und zur Begehung strafbarer Handlungen) und gegen § 9c und 9d des Verleumdungsgesetzes (Anreizung zum Verbrechen der tätlichen Widergesetzlichkeit und Verleitung von Militärpersonen zu Verbrechen gegen die Subordination).

Eine deutsch-österreichische Konferenz.

Nach Blättermeldungen haben vor kurzer Zeit in München und in Salzburg Beratungen reichsdeutscher und deutsch-österreichischer Abgeordneter stattgefunden, die dem Zweck dienten, die führenden Abgeordneten der beiden Reiche über die auf beiden Seiten bestehenden Anschauungen zu unterrichten, auf denen die Grundlagen für eine wirtschaftliche Annäherung der beiden verbündeten Reiche herbeizuführen und auch sonstige wirtschaftliche und politische Fragen gemeinsam zu behandeln und die Richtlinien vorzubereiten, nach denen zu gegebener Zeit von den dazu berufenen Körperlichkeiten das wirtschaftliche und politische Verhältnis zwischen den beiden Verbänden festzulegen wäre.“

Als Teilnehmer an diesen Konferenzen werden auf deutscher Seite genannt die Abgeordneten Gothein, Jund, Viesching, Müller-Meininger, Raumann, Defert, v. Bayer, Schiffer-Magdeburg und Waldstein. Das sind sieben Fortschrittler und zwei Nationalliberale. Aus Oesterreich waren neun Deutsch-Liberale erschienen, und man ist demnach, so interessant und lehrreich die Debatten auch gewesen sein mögen, nicht berechtigt, so wie es geschieht, von einer interparlamentarischen Konferenz zu sprechen. Die Herren vertreten doch im besten Fall nur einzelne Gruppen der beiden Parlamente.

Das teure Schuhzeug.

Eine Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen an die Regierung fordert Herabsetzung der Ledererzeugnisse und die Aufhebung der Wohlfaßabgabe der Lederfabrikanten an die Reichsmilitärkasse. Daraufhin ist ihm vom Reichsamt des Innern der Weichheit zugegangen, daß die dazu notwendigen Schritte bereits eingeleitet sind und in der Richtung der in dem Schreiben vorgebrachten Wünsche verfolgt werden.

Aus dem sächsischen Landtag.

Nach einer Aussprache zwischen Seniorensenat und Direktorium der Zweiten Kammer rechnet man damit, daß der Landtag mindestens bis Dezember dauern wird. Wie sich weiter aus dieser Besprechung ergeben hat, wollen Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten dafür eintreten, daß der Landtag, wenn er seine Arbeiten beendet hat, nicht geschlossen, sondern vertagt wird, damit er später schnell wieder zusammenberufen werden und

beim Gang der Ereignisse so weit wie möglich mitwirken kann. Wie die Regierung darüber denkt, ist noch nicht bekannt. Ein Mittel, ihrem Wunsche eventuell härter Nachdruck zu geben, hat die Zweite Kammer, wenn sie die von der Regierung geforderten Steuerzuschläge — die erst 1917 erhoben werden — vorläufig ablehnt. Auch dafür würde wahrscheinlich eine Mehrheit vorhanden sein.

Von den Fraktionsanträgen sollen die zur Ernährungsfrage zuerst verhandelt werden. Zugleich mit dem Etat werden die Vorschläge auf Steuerreform und Zenerungszulagen verhandelt. Acht Tage später werden die Vorberatungen zum Etat beginnen. Die Bürgerlichen und das Direktorium möchten auch die Anträge zur Erwerbslosen- und Kriegsfürsorge mit dem Etat behandelt wissen, damit ist aber die sozialdemokratische Fraktion nicht einverstanden. Der sozialdemokratische Antrag über den Belagerungszustand wird gesondert in allgemeine Vorberatung genommen werden.

Die übrigen noch in Frage kommenden Anträge sollen nach einem Vorschlag und Wunsch des Präsidiums und entgegen der Geschäftsordnung ohne allgemeine Vorberatung sofort den Deputationen überwiesen werden. Sie kämen dann im Plenum nur bei der Schlussberatung zur Geltung, d. h. wenn in den nichtöffentlichen Verhandlungen der Deputationen die Sache bereits so gut wie zum Abschluß gebracht ist. Soweit weniger bedeutende Anträge in Frage kommen, stimmt auch die sozialdemokratische Fraktion diesem Verfahren zu; sie fordert aber gesonderte Vorberatung für ihre Anträge über das Wahlrecht, das Koalitionsrecht und ein Knappschaftsgesetz. Da von der Geschäftsordnung nicht abgewichen werden darf, wenn in der Kammer widersprochen wird, muß dem sozialdemokratischen Verlangen ohne weiteres Rechnung getragen werden.

Die sächsische Presse gegen die Zensur.

Dem sächsischen Landtag ist eine Petition des Landesverbandes der sächsischen Presse über die Handhabung der Zensur zugegangen. Diese Petition und insbesondere die entsprechenden Anträge unserer Genossen dürften zu lebhaften Debatten führen.

Wieder versöhnt.

Vor einiger Zeit sind die sächsischen Landtagsabgeordneten Merkel und Langhammer, letzterer nicht gerade freiwillig, aus der nationalliberalen Fraktion ausgeschieden und wurden „Wild“. Im Zeichen des Burgfriedens hat man sich jetzt aber wieder versöhnt; beide Herren gehören jetzt wieder der Fraktion an.

Das tägliche Brot.

Preisregelung für Kafes.

Zwischen der Reichsgetreidestelle in Berlin und dem Vorstand des Verbandes Deutscher Kafesfabrikanten ist ein Vertrag abgeschlossen worden, laut welchem allen Kafes, Zwieback, Waffeln, Honig, Lebkuchen und Pfefferkuchenbetrieben unter gewissen Bedingungen durch die Vermittlung des Vorstandes des Kafesfabrikantenverbandes, d. h. durch das von diesem dafür eingerichtete Melkontor in Celle, das Mehl geliefert wird unter der Verpflichtung, für ihre Erzeugnisse, soweit deren Herstellung zugelassen ist, bestimmte Höchstpreise einzubalten. Als solche Betriebe sind von der Reichsgetreidestelle diejenigen anerkannt, die ihre Erzeugnisse überwiegend zum Weiterverkauf an Händler herstellen und einen vorwiegend über den Ort ihres Betriebes hinausgehenden Absatz haben, nicht aber solche, die wie die kleineren Bäcker ausschließlich Waren zum unmittelbaren Verkauf an die Verbraucher anfertigen.

Zum Zwecke der einheitlichen Preisgestaltung sind die Kafes in drei Gruppen qualitativ unterschieden worden, in eine Konsum-Gruppe, in eine Haushaltungs-Gruppe und eine Albertkafes-Gruppe. Für diese drei Gruppen sind bestimmte Ladenhöchstpreise festgesetzt, die die Händler sich auf Anordnung der Reichsgetreidestelle schriftlich verpflichten müssen nicht zu überschreiten. Ebenfalls ist durch Festsetzung der Aufschlag des Zwischen- und des Kleinhandels genau geregelt. Die Ladenpreise sind für die folgende Gruppe, die Konsum-Gruppe . . . pro Pfund 1.— M., Haushaltungs-Gruppe . . . 1.20, Albertkafes-Gruppe . . . 1.40

Den Ladenpreisen für Original-Mollen- und Paketpackungen sind obige Grundpreise zu Grunde gelegt. Die Waffeln, Lebkuchen und Honigkuchen unterliegen keinen Preisfestsetzungen, dagegen ist ihre Herstellung auf die Hälfte des Umfangs in den letzten Friedensjahren herabgesetzt worden. Für die Schokoladenkafes, die aus Kafes der genannten drei Gruppen hergestellt sind, gelten die von den Fabriken jeweils dafür festgelegten Preise.

Alle diese Erzeugnisse sind ohne Brotmarken käuflich, ebenso Zwieback, soweit er fabrikmäßig hergestellt und in Originalpackungen der von dem Verbands mit Mehl belieferten Betriebe gehandelt wird.

Die von der Reichsgetreidestelle mit Mehl belieferten Betriebe dürfen außer den unter diese Bestimmungen fallenden Fabrikaten andere im Preise nicht gebundene Kafes nur insoweit herstellen, als in ihnen nicht mehr als 10 Proz. Weizenmehl enthalten ist.

In allen dem Verkauf dienenden Räumen haben die Händler auf Anordnung der Reichsgetreidestelle eine dem Käufer leicht sichtbare Preisliste anzuhängen, auf welcher die Preise der Gruppen und die dazu gehörigen Sorten Kafes verzeichnet sind. Uebertretungen gegen diese Vorschriften sowohl seitens der Kafesfabrikanten als auch des Zwischenhandels, sowie der Kleinhandler sind strengen Bestrafungen ausgesetzt.

Der unzufriedene Landwirt.

Man schreibt uns: Die kleine Episode, die der „Vorwärts“ in der Montagsnummer aus dem Dorfe Herreden bei Nordhausen brachte, bedarf einer kleinen Ergänzung. Der unzufriedene Landwirt, der seinem Abnehmer in Nordhausen künftig keine Butter mehr zu dem Höchstpreis liefern will, hat im Kriege schon schwere Opfer bringen müssen. Wir wollen einige aufzählen. Er behält vor dem Kriege drei Pferde, davon müßte er der Militärverwaltung zwei überlassen. Den übrigen Großgrundbesitzern im Orte ging es ähnlich, auch sie stellten ein und zwei Pferde. Die Militärverwaltung ist mühtig hier mit sehr großer Mühseligkeit verfahren, und die Landwirte konnten ohne Beschwerde ihr Feld bestellen. Sonst, was bei den drei Pfund Hafer in diesem Ort für prächtige Pferde gezeigten, ein Rückgang in der Ernährung der Tiere ist nicht zu bemerken. Die Landwirte müssen hier ein ganz vorzügliches Ertragsmittel haben. Noch überauscher ist die Wirkung der Futtermittel für die Aufzucht der Schweine. Unser robuster Landwirt bringt Schweine zum Verkauf, die annähernd drei Zentner wiegen. Ein Gewicht, das mit Kartoffelfütterung nicht zu erreichen ist. Der Vorgang hat aber beim Landrat soviel Aufsehen erregt, daß eines Tages unserem Landwirt, auch einigen seiner Freunde, die Scharotmühle versiegelt wurde. Man fahte den gewiß unbedenklichen Verdacht, daß er Frucht verschrotet, deren Verwertung für Viehfutter bisher nicht erlaubt war. Die Milch wird von dem Gut im Kleinverkauf in der Stadt abgesetzt, desgleichen die Butter. Aber auch dieser Augen genügt nicht, wie wir gesehen haben. Die Futterernte ist in der dortigen Gegend nicht schlecht gewesen. Kartoffeln und Futterrüben

sind glänzend im Ertrag. Weniger gut war die Kleernte, Hafer und Gerste. Aber für die Viehhaltung des Gutes bringt sie keine Bedrängnis, trotz der Beschlagnahme von Gerste und Hafer zur Gälte. Aber der Zustand, daß Hafer und Gerste bei der Beschlagnahme nur 15 M. den Zentner ergab, während man früher 6—7 M. erhielt, gehört zu den Leiden der Landwirte, die nie genug bekommen. Nehmet man nun hinzu, daß man vor einigen Wochen den Zentner Schweine mit 150 M. und darüber bezahlt erhielt, während jetzt auf 110 M. der Preis herabgedrückt wird, allerdings noch doppelt soviel als früher, so muß der Mann mit Waßn brechen. Der Tageslohn für die Frauen ist um 25 Pf. erhöht, auch eine Last, die der Landwirt tragen muß. So ist es hier in unserer Gegend in der Landwirtschaft aus; nur gibt es daneben auch Landwirte, die behaupten, Anlaß zur Klage haben wir nicht, die Preise sind reichlich hoch.

Zur Klage. Auf dem Wochenmarkt in Gärzow hatten Händler aus der Umgegend 23 Säcke zum Verkauf gestellt, darunter elende, magere Tiere. Sie forderten für ein Pfund Gänsefleisch 2.20 M. Unter dieser Preise wurde nichts abgegeben. Da beschlagnahmte die Marktpolizei die 23 Säcke und ließ deren Wert durch Sachverständige feststellen. Sieben derselben wurden mit 1 M. das Pfund, sechs andere mit 1.20 M. und 15 Säcke mit 1.85 M. verkauft. Die Handelsleute sind von der Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt worden.

Gegen den Marktboikott ist in den Gemeinden des Großherzogtums Sachsen-Weimar eine Verordnung erlassen worden. Allen Markthändlern, die bisher in den beteiligten Gemeinden ihre Waren auf dem Markt abgesetzt haben, wird beim Fernbleiben von den Markttagen der Zutritt zu den Märkten auf fünf Jahre verboten.

Aus der Partei.

Agitationserfolg.

In Düsseldorf brach in einer überfüllten Frauenversammlung am Freitag nachmittag die Genossin Zieg über die Pflichten der Frauen im Kriege. Die Versammlung hatte einen überaus erfreulichen Erfolg; es wurden während der Pause 123 Aufnahmen (alles Frauen) für die Partei gemacht, sowie etliche Abonnenten für die „Volkszeitung“ gewonnen.

Aus Industrie und Handel.

Kriegskurse.

Der Börsenvorstand, Abteilung Fonds Börse, hat beschlossen, für die aus der Zeit vor dem 31. Juli 1914 laufenden und bislang von Monat zu Monat hinausgeschobenen Geschäfte (Ultimogelder und Börsentermingeschäfte in Wertpapieren) eine weitere Prolongation nicht anzuordnen, so daß diese Geschäfte Ultimo November 1915 zu erfüllen sind. Die Rückzahlung der Darlehensgeschäfte geschieht am 30. November 1915, die Erfüllung der Börsentermingeschäfte zu den vom Börsenvorstand festgesetzten Differenzkursen. Am übrigen kommen die vom Liquidationsverein erlassenen Vorschriften zur Anwendung. Die sich ergebenden Differenzen sind am 30. November 1915 vormittags zu begleichen.

Durch die Veröffentlichung der Abrechnungskurse wird den Besitzern von Wertpapieren seit Kriegsausbruch zum ersten Male wieder eine amtliche, öffentlich bekanntgegebene Kursfeststellung geboten. Wir geben nachstehend die Abrechnungskurse (neben den Kursen vom Juli 1914) wieder:

Table with 4 columns: Kurs, 1915, 1914, Kurs, 1915, 1914. Lists various financial instruments and their current and previous values.

(Die Namen der Wertpapiere, die seit dem Juli 1914 eine Kurssteigerung erfahren haben, sind in der Uebersicht fett gedruckt worden.)

Es sind danach nicht überall Kursermäßigungen gegenüber dem Stand bei der Juli-prolongation 1914 eingetreten, sondern teilweise auch Kurssteigerungen. Dies gilt namentlich von Montanwerten, wie den Aktien des Bochumer Vereins, der Deutsch-Lugemburgischen Gesellschaft, der Hohenloherwerke, der Oberschlesischen Eisenbahnbearbeitungs-Ges., der Oberschlesischen Eisenindustrie. Ferner sind auch manche Bahnen-Aktien, so die der Kanada-Bahn, der Baltimore- und Pennsylvania-Ges., der Orientbahnen, der anatolischen Bahnen gebessert. Vankonten haben zum Teil ihre Kurse behauptet, ebenso die meisten Elektrizitätsaktien.

Deutsches Kapital in Rußland.

Das russische Finanzministerium hat eine Liste der industriellen Unternehmen aufgestellt, an denen deutsches Kapital beteiligt ist. Der russische unterstehen 402 Unternehmen, davon 143 in Petersburg, 170 in Moskau, 20 in Odessa, 17 in Charkow, 12 in Kowno, 9 in Wladiwostok, 8 in Kiew, 6 in Wladimir, 4 in Orenburg und 4 in Saratow. Von diesen gehören 121 Einzelbesitzern, 156 Handelsfirmen und 124 Aktiengesellschaften. Das deutsche Kapital ist hauptsächlich interessiert in der Metall- und Mineralbearbeitung (107 Betriebe), in der chemischen Industrie (40 Betriebe) und in der Textilindustrie (26). Die Handelsunternehmen befassen sich besonders mit Metallen, Maschinen, chemischen Erzeugnissen, Drogen und Galanteriewaren. Hiernächst stark ist auch die Beteiligung deutschen Kapitals an Versicherungsgesellschaften und Hotels.

Kriegsgewinne.

Die Rheinmühlen A.-G. in Düsseldorf erhöht ihre Dividende von 9 auf 15 Proz. Die Norddeutsche Waggonfabrik A.-G. in Bremen zahlt nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 10 Proz., gegen 5 Proz. im Vorjahre.

Stadtverordnetenversammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 18. November 1915, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Rühlert nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

In gemeinsamer Sitzung beider städtischen Behörden unter Vorsitz des Oberbürgermeisters wird in die Verhandlung über die Wahl von Vertretern für die Stadtverordnetenversammlung für Groß-Berlin als Vertreter für Schulze (†) Stadt, Brunglow, als Ersatzmann für Dr. Paul (†) Stadt, Dr. Ritter gewählt.

Stadt, Sonnenfeld (Linke) berichtet über die Audisubvention zur Magistratevorlage wegen

Erhöhung der Bezüge der Angehörigen der Kriegsteilnehmer.

Der Ausschuss hat sich auf folgende Anträge an die Versammlung geeinigt:

1. Die vom Reich beschlossene Erhöhung wird aus der Stadthauptkasse verauslagt.

2. In den Wintermonaten November-April 1915/16 werden den Kriegsfamilien und Einzelunterstützten auf Kosten der Stadt Berlin Prillets im Werte von je 3 M. monatlich verabfolgt. (Der Nachweis besonderen Bedürfnisses ist hier in Wegfall gebracht.)

3. Der Magistrat soll um eine Vorlage ersucht werden, wonach auch den vom Reich unterstützten Kindern seitens der Stadt eine Zulage in Höhe von 100 Proz. der Reichsunterstützung gewährt wird.

Am 16. November hat der Magistrat beschlossen, den Gesichtspunkt des „bedingten Bedürfnisses“ fallen zu lassen, dagegen nunmehr die beabsichtigte Zuwendung statt in Kohlen in bar mit 3 M. für die Frauen, mit 1,50 M. für die Einzelunterstützten zu gewähren.

Der Referent spricht sein Befremden über den überraschenden neuen Vorschlag des Magistrats aus, nachdem der Ausschuss einstimmig sich für die Kohlenlieferung ausgesprochen hatte. Die Befürchtung, daß es nicht möglich sein werde, Kohlen in dem erforderlichen erweiterten Umfang zu beschaffen, werde von der Versammlung nicht geteilt werden; mindestens fakultativ sollte man den Frauen, die es wünschen, Kohlen liefern. Der Antrag betr. Gleichstellung auch der Kinder in bezug auf die Erhöhung der Unterstützung mit dem Reich bleiben auch nach der neuesten Stellungnahme des Magistrats in der Schwebelage. Man sei es den Kriegern im Felde schuldig, sie vor jeder Sorge um Frau und Kinder zu befreien. Die Teuerung dauere fort, ein Herabgehen der Preise sei nur bei einigen Lebensmitteln und auch hier nur vorübergehend erfolgt; die Preise für Kohlen, Schuhwerk seien unverhältnismäßig hoch, eine Minderung zum Teil auch der unverhältnismäßigen Ansprüche die in bezug auf die Höhe des Arbeitslohnes heute gestellt werden.

Stadt, Ginge (Soz.): Der Herr Berichterstatter hat sehr ausführlich über den Ausschuss berichtet, ich fast zu ausführlich; denn er hat sich sogar über den Wucher ausgesprochen, der mit der Arbeitskraft getrieben wird, gleich als wenn an hohen Arbeitslöhnen anstatt der horrenden Teuerung die Arbeiterschaft schuldig wäre. Der neue Magistratsvorschlag ist bis jetzt im einzelnen ohne Begründung geblieben. Für die neue Vorlage stimmen wir, um die Einseitigkeit der Unterstützung und ihre leichtere Durchführung herbeizuführen. Es bleibt aber die Versorgung der ärmeren Bevölkerung und der Kriegsfamilien eine dringende Notwendigkeit. Man sollte von Stadt wegen einen Kohlenverkauf, etwa durch die Gasanstalten, ermöglichen. Sodann habe ich den Magistrat erneut zu ersuchen, sein Versprechen, den Unterstützungskommissionen erhöhte Beiträge aus dem Sammelfonds zur Verfügung zu stellen, umgehend einzulösen. Einzelne Kommissionen sind am Ende ihrer Mittel. Die Not ist ungemein groß, zahlreiche Kriegsfamilien können zu der Unterstützung nichts hingubringen, und kommt der Mann auf Urlaub, so ist zwar die Freude groß, aber oft ist nichts zu essen da. Für die Bezirksvorsteher, die sich der Zahl der Ansuchen gar nicht mehr zu erwehren wissen, wäre damit auch eine große Erleichterung geschaffen. Die bessere Versorgung der Kinder ist ein einstimmig vom Ausschuss erhobenes Verlangen; ich ersuche den Magistrat dringend, diesem Antrage beizutreten. Die Lebensmittelpreise haben eine ungeahnte Höhe erreicht. Für ein Pfund Schmalz muß schon die ganze Unterstützung einer Kriegsfamilie mit 4 Kindern = 2,50 Mark geopfert werden. Und noch viel größer wäre die Not, wenn nicht die Frauen von selbst sich um Arbeit bemüht hätten. Aber da hat es auch Vorsteher von Kommissionen gegeben, die die Unterstützung ganz oder teilweise entzogen, weil die Frau 15 oder 20 Mark verdient. Viele Frauen aber können keine Arbeit leisten, weil sie dazu unfähig sind oder weil die Familie ihre Kraft in Anspruch nimmt. Die knappe Reichszulage von 1,50 Mark für ein Kind genügt nicht; aber der Magistrat scheint hier eine weitere Zulage nicht für nötig zu halten. Der Oberbürgermeister hat früher ausgesprochen, das Ziel aller Schritte müsse sein, die Not von den Kriegsfamilien fernzuhalten; ein sächsischer Ministerialerlass hat neuerdings demselben Gedanken den Versicherungsvorstand gegenüber scharfen Ausdruck gegeben. Möge der Magistrat danach handeln!

Stadt, Doffein: Die Forderung der Erhöhung der Sammelfonds wird gehalten werden. Der Magistrat hat in der Fürsorge für die Kriegsfamilien bisher nicht zurückgeblieben, auch der Antrag bezüglich der Kinder wird warmherzige Erwägung finden. (Beifall.)

Stadt, Cassel (Linke): Wenn die Durchführung des Ausschussbeschlusses betreffs der Kohlen unumstößlich erscheint, so müssen wir uns eben beschließen. Für den Ausschussantrag betr. die Kinder treten auch wir ein aus den schon verlaufbaren Gründen. Von den gewährten Unterstützungsumfängen sollten alle Kommissionen den geeigneten Gebrauch machen, damit nicht durch engherzige Handhabung in einzelnen Kommissionen Missetatung in der Bevölkerung entsteht. (Zustimmung.) Den Antrag bezüglich der Kinder hat der Ausschuss nur in die Form einer Resolution gehalten, wir halten aber auch seine Annahme und Durchführung für eine unbedingte Notwendigkeit. Finanzstelle oder gar fiskalische Rücksichten dürfen dabei nicht ausschlaggebend sein. Die Erhöhung der Gesamtunterstützung für ein Kind von 13,50 M. auf 15 M. ist angeht die herrschende Teuerung trotz der Rückwirkung auf die städtischen Finanzen absolut geboten. (Beifall.)

Stadt, Rosenow: Wir verkenne keineswegs, daß es eine neue Belastung aus den neuen Bewilligungen und dem Verlangen der Erhöhung der Kinderunterstützung erwachsen wird; aber wir haben hier eine nationale Pflicht zu erfüllen, wir haben durchzuhalten und trotz aller schon gebrachten Opfer das Notwendige zu gewähren. Die Engherzigkeit, die gewisse Kommissionen be herrscht, läßt doch endlich einmal befeitigt werden.

In der Abstimmung werden der neue Magistratsvorschlag und daneben die Nummern 1 und 3 der Ausschussanträge einstimmig angenommen.

Die neue Magistratsvorlage über die Aufgaben, Ziele und die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge

ist in der Ausschussberatung mit einigen Änderungen angenommen worden. Der Hauptausschuss soll entsprechend den Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion durch je zwei Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen ergänzt werden, die Wahl derselben soll durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Die Bestimmung, daß für die Teilnahme an Fortbildungskursen oder an Lehrkursen zur Ausbildung für einen neuen Beruf die Gewährung barer Geldunterstützung ausgeschlossen ist, soll gestrichen werden.

Referent ist der Ausschussvorsitzende Stadt, Dove (Linke). Stadt, Dr. Brück: Der Magistrat muß Wert darauf legen, daß kein Zweifel darüber bleibt, daß die Stadt zur Ergänzung der ungenügenden Militärrenten nicht berechtigt und nicht verpflichtet ist. In bezug auf die Umschulung und eventuell dafür zu gewöhnende bare Unterstützung wird jedes statthafte Entgegenkommen geübt werden.

Die Versammlung erhebt die Ausschussanträge zum Beschluß. Zur Anschaffung von

Weihnachts-Liebesgaben für die Berliner Truppen

sollen nach einem Magistratsantrag vom 6. November 200 000 M. aus dem Vorbehaltskonto für 1915 entnommen werden. Für 80 000 Mark von der Stadt selbst angeschaffte und einzeln mit der Bezeichnung „Weihnachts-Liebesgaben der Stadt Berlin“ versehenen Pakete sollen der „Sammlung“ überwiesen werden, die für die Gardetruppen in Berlin durch einen Vorstand veranstaltet wird, dem auch der Oberbürgermeister angehört; 70 000 M. soll der „Nationale Frauendienst“ erhalten zur Beschaffung und Verendung von Paketen an die im Felde stehenden Angehörigen solcher Berliner Kriegsunterstützungsempfänger, die die Abwendung eines bevorstehenden Monats beantragen, 50 000 M. sind für solche militärischen Formationen bestimmt, deren Angehörige im wesentlichen aus Berliner Bürgern bestehen. Die Ausführung dieser Beschlüsse soll einer besonderen Anschaffungskommission (zwei Stadträte, drei Stadtverordnete) obliegen.

Stadt, Rausche empfiehlt die Vorschläge des Magistrats. Die Vorlage beansprucht einen Betrag von 200 000 M. gegen 150 000 M. im Vorjahre; es solle versucht werden, auch den Berliner Truppen, die nicht zur Garde gehören, zu Weihnachten eine Freude zu machen, wenn auch das Ideal, jedem Berliner im Felde den Gabentisch zu decken, nicht erreichbar sei.

Nachdem noch die Stadtv. Sedelsohn (Soz.) und Modler (Linke) die Vorlage befürwortet, wird diese einstimmig genehmigt und in die Kommission die Stadtv. Döhrenfurth (Fr. Fr.), Modler und Sedelsohn delegiert.

Der Vorsteher lenkt die Aufmerksamkeit des Magistrats darauf, daß es der Versammlung an erster Stelle am Herzen liege, hier der städtischen Angestellten und Arbeiter zu gedenken; diese ständen nicht nur bei der Garde und beim 3. Armee-Korps und 3. Reserve-Armee-Korps, sondern auch bei anderen Truppeneinheiten. Die einzelnen städtischen Verwaltungen besäßen Adressenverzeichnisse. Auf den Einwand, daß dann einer oder der andere zwei- oder dreimal bedacht würde, könne er nur erwidern: Na, wenn schon! (Beifall und Beifall.)

Der Annahme der Erbschaft von 230 000 M. von dem praktischen Arzt Dr. Ernst Unruh (die Zinsen sind zur Beschaffung von Frühstück oder Mittagbrot für arme Schulkinder lediglich nach dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit bestimmt) stimmt die Versammlung zu.

Ebenso gelangt eine Nachtragsvorlage zur Annahme, nach welcher die noch nicht erwerbsfähigen Geschwister unter 15 Jahren und die erwerbsfähigen Geschwister über 15 Jahre von aktiven Mannschaften neben der Kriegsunterstützung, die sie von Reichs wegen ab 1. September 1915 erhalten, wenn die Eingezogenen ihre einzigen Ernährer waren und die erwerbsfähigen Eltern sie nicht unterhalten können, auch den üblichen städtischen Zuschuß von 6 M. erhalten sollen. Schluß 7 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Kinderunterstützung der Kriegsteilnehmer.

Die neue Magistratsvorlage, die auf Grund der vom 1. November erhöhten Reichsunterstützung aus Gemeindegeldern den Frauen der Kriegsteilnehmer 3 M., den Einzelunterstützten 1,50 M. pro Monat in barem Gelde zuzuwenden will, schießt, entgegen unserer ursprünglichen Mitteilung, die Kinder von einer erhöhten Zuwendung aus Gemeindegeldern aus. Der Berliner Magistrat ist der Ansicht, daß die jetzige Unterstützung ausreichend sei, während die Stadtverordnetenversammlung dieser Meinung nicht beitreten kann. Ein Stadtverordnetenausschuss hat deshalb beschlossen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, die auch für die Kinder einen 100prozentigen Zuschuß zu der erhöhten Reichsunterstützung vorsteht. Dieser Antrag wurde gestern von der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluß erhoben. Hoffentlich kommt der Magistrat diesem Ersuchen der Stadtverordnetenausschuss baldigst nach. Um die Frauen und die Einzelunterstützten möglichst bald in den Genuß der neuen gemeindlichen Zuwendung gelangen zu lassen, wurde gestern der neuen Magistratsvorlage zugestimmt. Danach gestalten die zu zahlenden Unterstützungssätze folgendermaßen: die Frauen der Kriegsteilnehmer erhalten pro Monat für sich 30 M. Unterstützung, die Einzelunterstützten (wie Mütter u. dgl.) bekommen monatlich 15 M., und für jedes Kind beträgt die monatliche Unterstützung 13,50 M. Hoffentlich bewilligt der Magistrat in Kürze die für jedes Kind geforderte Erhöhung von 1,50 M. noch nachträglich.

Aus der gestrigen Rathsaussitzung.

Im Anschluß an die Berichterstattung des Ausschusses kam es gestern zu einer nochmaligen Erörterung der Grundzüge, die der Gemeinde als Richtschnur für die Unterstützung der Kriegsfamilien dienen sollen. Unser Genosse Ginge forderte Einseitigkeit in der Behandlung der Unterstützungsanträge, Weiterberzigkeit bei der Entscheidung der Bedürfnisfrage, Nichtanrechnung etwaigen Arbeitsverdienstes der Kriegsfamilie, Festhalten an der Unteilbarkeit der Unterstützungen. Er betonte die Notwendigkeit, auch für die Kinder zu der Erhöhung der Reichsunterstützung den Gemeindegeldzuschuß in gleicher Höhe zu geben. Dem Wunsche des sozialdemokratischen Redners, daß die Sammelfonds gemäß einer Forderung des Magistrats reichlicher ausgestattet werden möchten, versprach Stadt, Doffein baldige Gewährung. Mögliche Weiterberzigkeit bei den Unterstützungsabwicklungen wurde auch von den Stadtverordneten Cassel und Rosenow als Pflicht der Gemeinde bezeichnet.

Doppelselbstmord.

Ein Doppelselbstmord, dessen Ursachen noch nicht festgestellt sind, hat in dem Hause Schillerstr. 13 in Lichtenberg große Aufregung hervorgerufen. Dort wohnten im Dachgeschoss der 51jährige Arbeiter Mag Hanke und der 46 Jahre alte Schlächter Richard Schramm, die ihre gemeinschaftliche Wohnung schon längere Zeit inne hatten. Am letzten Sonnabend sind die beiden zuletzt von Hausbesuchern gesehen worden, doch fiel das nicht weiter auf, da Hanke und Schramm öfter ihrer Wohnung fern zu bleiben pflegten. Gestern fiel dem Wirt auf, daß aus der Wohnung der beiden ein starker Gasgeruch drang. Er ließ die Tür öffnen und fand die Wohnungsinhaber tot auf dem Fußboden des vollständig mit Gas gefüllten Zimmers vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod der beiden Männer schon vor mehreren Tagen eingetreten sein muß. Es liegt Selbstmord vor, denn die an der Decke befindliche Gasleitung war geöffnet und das Verschlussschloß sich in der Wohnung vor. Der Grund zu dem gemeinsamen Selbstmord konnte bisher nicht ermittelt werden. Die beiden Toten wurden nach der Halle des Rummelsburger Friedhofes geschafft.

Ein Ehedrama spielte sich gestern früh in dem Hause Rothmannstraße 25 ab. Der 41 Jahre alte Arbeiter Paul Egner war auf seine Frau Emilie, die drei Jahre jünger ist als er, eifersüchtig geworden. Ob sie ihm wirklich Veranlassung gegeben, ließ sich noch nicht feststellen. Gestern früh zwischen 5 und 6 Uhr gerieten die Eheleute, als Egner seine Frau zur Rede stellte, in einen heftigen

Streit. Egner ergriff endlich ein Küchenmesser und stieß es seiner Frau mehrmals in die Brust. Dann brach er auch sich selbst mehrere Stiche bei und schnitt sich in das linke Handgelenk, um sich die Pulsader zu öffnen. Mann und Frau wurden, beide schwer verletzt, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Der Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin

versucht auch in diesen schweren Kriegsjahren nach Möglichkeit seinen Aufgaben gerecht zu werden. Auf wissenschaftlichem Gebiete läßt er sich angelegen sein, wenigstens die Arbeiter-Bildungsschule auch in den Kriegsjahren weiter im Betrieb zu erhalten. Um auch seinen künstlerischen Aufgaben gerecht zu werden, veranstaltet er im Laufe dieses Winters drei Konzerte. Diese finden in der Festhalle des Berliner Stadthauses statt, die zu diesem Zwecke vom Berliner Magistrat freundlichst zur Verfügung gestellt wurde. Das erste Konzert wird am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet werden. In ihm wirken mit: der Berliner Volks-Chor und das Waldemar-Reyer-Quartett. Um weiteren Kreisen der Arbeiterklasse einen künstlerischen Genuß zu vermitteln, ist der Eintrittspreis auf 30 Pfennig festgesetzt.

Einlaßkarten für dieses Konzert können schon jetzt in folgenden Verkaufsstellen bezogen werden:

- a) Berlin: Restaurant Boersch, W.B., Oldenburger Str. 10; Restaurant Schade, R., Köcker Str. 9; Restaurant Bähr, R., Radstr. 44; Restaurant Dobrowla, R., Svineminder Str. 11; Restaurant Dams, R., Schlegelstr. 9; Vorwärts-Expedition Mars, Greifswalder Str. 22; Restaurant Kochhaus, Schlemmerstr. 39; Vorwärts-Expedition Jucht, Immanuelkirchstr. 12; Zigarrengeschäft Weise, Georgenkirchstr. 61; Vorwärts-Expedition Hansch, Aderstraße 174; Restaurant Stein, An der Stralauer Brücke 8; Restaurant Regula, Vishoffstr. 12; Restaurant Wehnacht, Grünstr. 21; Bahvereinsbureau des 4. Kreises, Stralauer Platz 10/11; Zigarrengeschäft Dietrich, Romintener Str. 46; Restaurant Mir, Salaber Str. 66; Zigarrengeschäft Horsch, Engelauer 15; Restaurant Jellmann, Oranienstr. 180; Zigarrengeschäft Waier, Schönleinstr. 23; Zigarrengeschäft Lazarus, Steinmehlftr. 60; Zigarrengeschäft Schröder, Hagelberger Str. 53;

- b) in den Vororten: Steglitz-Friedenau: Fröhlich, Sellmann, Steglitz, Schildhornstr. 88; Lichterfeld: Restaurant Wahrensdorf, Hindenburgdamm 104; Schöneberg: Vorwärts-Expedition Bäumer, Martin-Luther-Str. 69; Charlottenburg: Hildebrand, Wallstr. 23 (Konsumgeschäft); Neukölln: Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 3; Treptow-Pankow: Bureau des Wahlvereins, Kreuzstr. 40; Lichterfeld: Bureau des Wahlvereins, Neue Bahnhofstraße 31; Oberschöneweide: W. Kadel, Edisonstr. 50 (Konsumgeschäft); Pankow: W. Grahmann, Kreuzstr. 14; Weisensee: Vorwärts-Expedition Köhler, Berliner Allee 11; Reinickendorf: Vorwärts-Expedition Gursch, Provingstr. 68; Wilmersdorf: Konsumgeschäft, Wilhelmstraße 25; Tempelhof: Konsumgeschäft, Dorfstr. 21/22.

Aus den Gemeinden.

Aus der Pankower Gemeindevertretung.

Vor Beginn der letzten Sitzung gab Stadtrat Stawitz bekannt, daß ihm von der Firma Garbath eine Spende von 25 000 Mark zu geeigneter Verwendung für bedürftige Einwohner Pankows überwiesen worden sei. Leber die Art der Verwendung sollen außer ihm noch der Direktor des jüdischen Waisenhauses und ein Prokurist der spendenden Firma weiteres bestimmen. — Ein Antrag des Grundbesitzervereins, für infolge des Krieges leerstehende Wohnungen den Hausbesitzern einen entsprechenden Teil der Grundwertsteuer nicht in Anrechnung zu bringen, wurde an die Finanzkommission zurückverwiesen. — Die Mietsbeihilfen für Angehörige von Kriegsteilnehmern wurden bis zur Hälfte der vertragsmäßigen Monatsmiete und bis zur Höhe von 20 M. gewährt. In Anbetracht der gestiegenen Kostlage beschloß die Vertretung, vom 1. Dezember ab diese Beihilfen auch ferner bis zur Hälfte der Miete zu gewähren, den Höchstbetrag aber von 20 auf 30 M. zu erhöhen. Gemäß der bald nach Kriegsbeginn beschlossenen Unterstützungsgrundzüge sind die Unterstützungskommissionen ermächtigt, in Fällen besonderer Notlage und unter besonderer Begründung über vorstehenden Satz hinauszugehen. Für Mietsunterstützungen usw. wurden weitere 250 000 M. bewilligt. — In der Erwartung, daß die wohlhabende Einwohnerschaft Pankows dem guten Beispiele recht wirkungsvoll folgen werde, bewilligte die Vertretung als Grundlohn für eine Weihnachtsfeier für sämtliche im Felde stehenden Pankower Bürger sowie ins Feld ausgerückte Truppen der hiesigen Kriegsgarnison die Summe von 1000 M.

Stadtverordnetenwahlen in Potsdam.

Am 22. und 23. d. Mts. finden die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in vier Wahllokalen von 1 Uhr mittags bis 8 Uhr abends statt. Pflicht eines jeden Genossen ist es, seine Stimme den aufgestellten Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben. Ohne Ausweiskarte kann keiner wählen. Diejenigen Genossen, die arbeitslos sind oder über freie Zeit verfügen, werden erucht, sich beim Wahlkomitee, Kaiser-Wilhelm-Str. 83, bis mittags 12 Uhr zu melden.

Soziales.

Eine Streitfrage aus dem Militärattentat.

Der Reichstarif der Militärattentatler setzt einen Stundenlohn von 57 1/2 Pf. für Hilfsarbeiter und 78 Pf. für Sattler fest. Ferner bestimmt der Tarif, daß berufsverwandte Arbeiter (Schuhmacher usw.), wenn sie mit Sattlerarbeiten beschäftigt werden, den Sattlerlohn von 78 Pf. erhalten. Um die Anwendung dieser Bestimmung drehte sich eine vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts verhandelte Klage.

Der Kläger, ein gelernter Schuhmacher, hat längere Zeit bei der Militärattentatlerfirma Pregel u. Co. gearbeitet und den Hilfsarbeiterlohn bekommen. Er war damit zufrieden, weil er die angeführte Tarifbestimmung nicht kannte. Nach seinem Abgange von der Firma ist ihm dieser Postus erst bekannt geworden, und dann klagte er wegen Nachzahlung der Lohn Differenz, denn er beansprucht für sich den Sattlerlohn. Die beklagte Firma erkennt an, daß der Reichstarif für sie bindend ist. Sie bestritt aber, daß der Kläger den Sattlerlohn zu beanspruchen habe. Der Kläger könne nur als Hilfsarbeiter gelten, denn er sei nur mit Schären und Borrichten beschäftigt worden. Das seien Arbeiten, die von Hilfsarbeitern ausgeführt werden. Sieparbeiten habe der Kläger so mangelhaft ausgeführt, daß er damit nicht habe beschäftigt werden können. Er könne also den Sattlerlohn nicht beanspruchen.

Als Sachverständiger wurde der Vorsitzende der Tarifkommission und Vorsitzender des Sattlerverbandes Nibel benannt. Er sagte, wenn das Schären und Borrichten jetzt oft von Hilfsarbeitern ausgeführt werde, so seien dies doch Sattlerarbeiten. Bei der angeführten Tarifbestimmung sei die Kommission davon ausgegangen, daß berufsverwandte Arbeiter solche Arbeiten, wie Schären und Borrichten, besser und schneller ausführen werden wie Arbeiter, die noch nie mit Leder umgegangen sind. Hiernach würde der Kläger den Sattlerlohn zu beanspruchen haben.

Auf Grund dieses Gutachtens verurteilte das Gericht die beklagte Firma, dem Kläger die Lohn Differenz von 134,60 M. zu zahlen.

Nichtbezahlte Ueberstunden.

Die Firma Verkäufer Gürtelindustrie G. m. b. H. stellte einen Werkführer für Mikararbeit ein und vereinbarte mit ihm, daß er einen Wochenlohn von 110 M. bekomme, die Ueberstunden aber nicht bezahlt erhalten. Der Werkführer war damit einverstanden. Denn er nahm an, daß Ueberstunden nur ausnahmsweise und in beschränkter Zahl gemacht würden. Anfangs war es auch so. Später aber mußte der Werkführer täglich drei Ueberstunden machen und auch Sonntags arbeiten. Da die Firma unter Berufung auf die Vereinbarung die Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit verweigerte, klagte der Werkführer beim Gewerbegericht auf nachträgliche Bezahlung derselben. Er forderte dafür 490 M. Die Kammer des Gewerbegerichts verurteilte die Beklagte zur Zahlung von 216 M. Die Begründung des Urteils befaßt im wesentlichen: Es ist mit dem Kläger vereinbart, daß ihm Ueberstunden nicht bezahlt werden. Alle Vereinbarungen sind aber nach Treu und Glauben und unter Berücksichtigung der Verhältnisse auszuliegen. Hiernach ist anzunehmen, daß dem Kläger eine gewisse Ueberleistung der regelmäßigen Arbeitszeit um etwa eine Stunde nicht bezahlt werden sollte. Die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit des Klägers geht weit hinaus über das, was nach Treu und Glauben Gegenstand der Vereinbarung sein konnte. Die diese Vereinbarung überragende Arbeitsleistung des Klägers muß besonders bezahlt werden.

Gerichtszeitung.

Freigesprochen.

Die Notwendigkeit der Einführung der Verurteilung gegen Strafammerurteile wurde wieder einmal durch einen Fall illustriert, der gestern zum zweiten Male die Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte.

Die Witwe Karoline Spieckel aus Trebbin war im April d. J. wegen Vergehens gegen § 49a St.G.B. (Anforderung zur Begehung eines Verbrechens bzw. zur Teilnahme an einem Verbrechen) zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hatte angenommen, daß die Angeklagte in einem Falle einer anderen Frau ihre „weisen Rünste“ gegen Entgelt angeboten hätte; ein Antrag der Verteidigung auf Vernehmung weiterer Zeugen war vom Gericht abgelehnt worden. Das Reichsgericht hob das Urteil der Strafkammer auf, weil die Anträge der Verteidigung zu Unrecht nicht beachtet worden seien. Zu der erneuten Verhandlung waren nun sämtliche von der Verteidigung vorgeschlagenen Entlastungszeugen geladen worden; es waren dies in der Hauptsache Frauen, mit denen die Angeklagte angeblich zu tun gehabt haben sollte. Die erneute Verhandlung bot denn auch ein ganz anderes Bild als die erste. Es stellte sich heraus, daß die Belastungszeugen nicht ganz einwandfrei waren. Das Gericht erkannte diesmal auf Freisprechung und legte sämtliche Kosten der Staatskasse auf.

Aus aller Welt.

Schweres Baumglück in Fürstenwalde. Am Donnerstag früh stürzte in der Treibriemenfabrik der Firma Schwarz u. Co. in Fürstenwalde infolge von Ausschachtungsarbeiten ein Gewölbe ein und begrub drei Arbeiter unter seinen Trümmern. Der Maurer Hildebrandt konnte nur noch als Leiche geborgen werden, während die beiden anderen Arbeiter zwar verletzt, aber noch lebend hervorgeholt wurden.

Stürme und Schiffskatastrophen an der Südwestküste Frankreichs. In Best-Südwest-Frankreich wüteten dieser Tage sehr heftige Stürme, die besonders in Nantes und Vrest von außerordentlicher Heftigkeit waren und große Verheerungen anrichteten. Der Sachschaden, besonders in Vrest, wo die Stürme zu einem Jutlon ausarteten und von wolkenbruchartigem Regen begleitet waren, ist sehr groß. Zwei Schiffe wurden von ihrem Ankerplatz losgerissen, andere, die sich auf hoher See befanden, scheiterten. Der französische Dampfer „Admiral de Vorponi“ scheiterte im Sturm und sank mit der gesamten Besatzung. Aus Bordeaux wird gemeldet, daß der spanische Dampfer „Vernabe Wilbao“, der von Cardiff mit einer Kohlenladung an Bord kam, gleichfalls untergegangen ist. Von der 24 Mann starken Besatzung konnten nur 14 gerettet werden, die anderen ertranken. Der Dampfer hatte eine Wasserverdrängung von 2250 Tonnen.

Starke Schneefälle im Reich. In Kurhessen, Thüringen, im Sauerland und im Röhnggebiet ist starker

Schneefall eingetreten. Auch die Stadt München war am Montag mit tiefem Schnee bedeckt. Ebenso wurde aus anderen Gegenden Bayerns starker Schneefall gemeldet.

Die älteste Frau Deutschlands gestorben. Im 107. Lebensjahre starb in diesen Tagen in Gränendich (Gannover) die dort ansässig gewesene Witwe Meta Weller. Die Verstorbene, die während eines Zeitraumes von 40 Jahren als Bezirksbekammere tätig war, war wohl die älteste Frau Deutschlands. Sie war am 16. März 1809 geboren.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 382 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Alexander, Franz, Augusta und Nr. 5; Garde-Jäger Bat. (f. Inf.-Reg. Nr. 250). Gren.- bzw. Inf.- bzw. Füf.-Regimenter Nr. 2 bis einschl. 6, 8 bis einschl. 13, 15, 16, 17, 18, 21, 22, 23, 25, 26, 27, 29, 30, 31, 33, 34, 35, 40, 41 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 43 und Inf.-Reg. Nr. 1), 42, 43, 48 (f. Inf.-Reg. Nr. 48), 49, 52, 53, 55, 58, 59, 61, 62, 63, 66 (f. Inf.-Reg. Nr. 66), 67, 69, 70, 72, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81 (f. Inf.-Reg. Nr. 72), 82 bis einschl. 89, 91 bis einschl. 99, 110, 112, 113, 114 (f. Inf.-Reg. Nr. 111), 115, 118, 131, 132, 136, 138, 140 bis einschl. 147, 150 bis einschl. 155, 156, 157 bis einschl. 164, 166, 167, 168, 169, 170 (f. Inf.-Reg. Nr. 111), 171, 172, 174, 175, 176, 229, 332, 335, 343, 345, 347, 352, 361, 369, 370, 371, 375, 376, 377 (f. Inf.-Reg. Nr. 1), 378, 380. Bomb.-Inf.-Reg. Sid. Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 8, 9, 11, 12, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 24, 27, 31 (f. auch Bomb.-Inf.-Reg. Sid.), 34, 37 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 345), 39, 48, 52, 57, 59, 61, 64, 66, 68, 72, 74, 75, 76, 77, 79, 81, 82, 83, 84, 86 (f. auch Bomb.-Inf.-Reg. Sid.), 87, 88, 91, 92, 111, 116 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 83), 202, 203, 204, 206, 207, 208, 209 (f. auch Minenwerfer-Komp. Nr. 246), 212, 213 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 74), 214 bis einschl. 220, 222, 223, 224, 229, 230, 232, 239, 240, 252 bis einschl. 256, 259, 262, 266, 272. Inf.-Reg. Königsberg Nr. 1. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 13, 15, 20, 22, 24, 26 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 72), 29, 31, 33, 34, 37, 39, 40, 47, 48, 49, 51, 60, 66 (f. Inf.-Reg. Nr. 72), 73, 76, 78, 82, 83, 84, 87, 93, 118. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 8 und 23. Brig.-Inf.-Bataillone Nr. 16 (f. Inf.-Reg. Nr. 381) und 55. Landw.-Brig.-Inf.-Bat. Nr. 21 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 2). Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Alkenstein, Bartenstein, 1. Böben, Mustau, 2. Cisterode, 4. und 5. Rojen, 1. Scharlowitz, 1. Tilsit (letzte beiden f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 23). 1. Landst.-Inf.-Bat. Alkenstein. Jäger-Bataillone Nr. 3, 7, 11; Inf.-Bataillone Nr. 1, 16. Gebirgs-Raschinengew.-Abteilungen Nr. 8, 202, 217 (f. Inf.-Reg. Nr. 52); Ersch.-Raschinengew.-Abt. des 18. Armeekorps; Landw.-Raschinengew.-Kamp. Nr. 7; Feld-Raschinengew.-Zug Nr. 198 (f. 1. Garde-Reg.-Regiment).

Kavallerie: Kürassiere Nr. 1; Schwere Re.-Reiter Nr. 1; Dragoner Nr. 23; Husaren Nr. 7 und 14; Ulanen Nr. 13 und 16; Inf.-Ulanen Nr. 8; Jäger zu Pferde Nr. 1 (f. Feldfliegertruppe) und 7. Feldartillerie: 6. Garde-Reg.; 1. Garde-Reg.-Reg. Regiment Nr. 1, 7, 8, 10, 11, 18, 23, 26, 35, 39, 50, 51, 53, 60, 62, 67, 70, 80, 85, 89, 111, 112; Inf.-Regimenter Nr. 1, 6, 15, 17, 19, 20, 29, 44, 60, 61, 62, 63; Landw.-Reg. Nr. 3; 2. Landw.-Batt. des 9. Armeekorps.

Fußartillerie: 1. und 2. Garde-Reg. Regiment Nr. 1, 7, 9, 11, 15, 18, 20; Inf.-Regimenter Nr. 2, 6, 13, 15, 16, 20; Landw.-Bat. Nr. 8. Fußart.-Batterien Nr. 485, 487 und 490.

Pioniere: Stellvert. Ingenieur-Komitee. 2. Landw.-Komp. des Gardekorps. Regiment Nr. 19, 23, 30; Bataillone: I. und II. Nr. 3, I. Nr. 6, I. und II. Nr. 9, I. Nr. 10, I. und III. Nr. 16, I. und II. Nr. 27, I. Nr. 28; Inf.-Bat. Nr. 27. Pionier-Komp. Nr. 111; Inf.-Kompagnien Nr. 45 und 51; 1. Landw.-Komp. des 4. (f. III. Pionier-Bat. Nr. 16) und 2. des 16. Armeekorps. Inf.-Scheinwerfer Nr. 38. Minenwerfer-Komp. Nr. 246; Leichte Minenwerfer-Abt. Nr. 210; Rittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 102 und 179.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahn-Direktionen Nr. 1, 2, 4 und 5. Eisenbahn-Betriebsämter Nr. 1 Cassel und Loda II. Eisenbahn-Regimenter Nr. 1 und 2. Eisenbahn-Komp. Nr. 30; Inf.-Eisenbahn-Kompagnien Nr. 10, 13, 15, 17, 20. Föderbahn-Betriebskolonne A. Nijhofen. Feldfliegertruppe.

Train: Garde-Train-Inf.-Abt. Train-Abt. Nr. 4. Train-Inf.-Abt. Nr. 1. Proviantkolonnen Nr. 2 und 6 des 7. Armeekorps, Nr. 2 der 58. und Nr. 1 der 119. Inf.-Div. Leichte Proviant-Kol. Nr. 1 des 5., Nr. 2 des 15., Nr. 1 und solche ohne Angabe der Nummer des 18. Armeekorps, Nr. 1 der 107. Inf.-Div., Nr. 6 der

Landw.-Div. 6. Vredow; Schwere Proviant-Kol. Nr. 2 des 3. Armeekorps und Nr. 3 der 1. Inf.-Div.; Inf.-Proviant-Kol. Nr. 17 des 7. Reservekorps. Fuhrpart.-Kol. Nr. 1 des 15. Armeekorps, Nr. 96 des 38. Reservekorps, Nr. 5 der 1., Nr. 6 der 4., Nr. 8 der 56., Nr. 1 der 113., Nr. 1 der 123. Inf.-Div. und Nr. 2 Mainz; Inf.-Fuhrpart.-Kol. Nr. 69; Magazin-Fuhrpart.-Kol. Nr. 8 der 8., Nr. 1 der 9., Nr. 16 der 12. Armee, Nr. 30 der 10. Etappen-Infsp., Nr. 20 des 17. Armeekorps, Nr. 273 des 17. Reservekorps, Nr. 17, 159 und 162; Etappen-Fuhrpart.-Kol. D der Südbarmee, Nr. 138 und 200 der Njemen-Armee, Alentein Nr. 2 der Armee-Abt. Bobrsk, Nr. 2 des 5. und Nr. 2 des 9. Armeekorps sowie Nr. 152 und 244. Korps-Schlachtereier des 24. Reservekorps. Reserve-Inf.-Bataillone Nr. 49. Armierungs-Bataillone Nr. 1, 10, 19, 26, 34, 39, 42, 47, 53, 66, 70, 74, 77, 79, 94, 98, 99, 102, 105, 107, 108, 117, 120.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 234 bringt Verluste der Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 6, 8; Brig.-Inf.-Bataillone Nr. 2, 11; Landst.-Inf.-Bataillone: Augsburg 11, Erlangen, Kaiserlautern, Wittelfranken; 1. und 2. Schwere Reiter-Reg.; 1. und 6. Chevaulegers-Reg.; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 6; Fuhrpart.-Batt. Nr. 302; Inf.-Fuhrpart.-Regimenter Nr. 1, 2, 3; Pionier-Bataillone: 1. München, 2. Speyer, 3. Ingolstadt; Pionier-Komp. Nr. 19; Flieger-Abt. 9; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 9; Leichte Minenwerfer-Abt. Nr. 203; Inf.-Pionier-Bat. Nr. 8; Inf.-Scheinwerfer-Zug 19; 2. Landw.-Pionier-Komp., 3. A.-R.; Inf.-Feldlagarett 4; Verdrängungen früherer Verlustlisten.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 226 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 105, 106; Inf.-Regimenter Nr. 103, 133, 242; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 107; Garde-Reiter-Reg.

Die württembergische Verlustliste Nr. 200 bringt Verluste des Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Füf.-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123, 125; Inf.-Regimenter Nr. 126, 127, 130; Landst.-Inf.-Bat. Ulmangen; Ulanen-Reg. Nr. 19, 20; Feldart.-Reg. Nr. 116; Verluste durch Krankheiten; Verdrängungen früherer Verlustlisten.

Jugendveranstaltungen.

München. Sonntag, den 28. November, abends 7 Uhr, findet in der Kollagekell., Bergstr. 151, ein heiterer Abend statt. Mitwirkende: Fr. Karoline Geier (Fieder zur Laute), Fr. Uly Freund (Reitation), Herr Bildl Barbas (Rust). Eintrittskarten a 20 Pf. werden in den Heimen Kollagestr. 15 und Fuldstr. 55/56 (Abendpassage) abgegeben.

Frauenleseabende.

Karlshorst. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der „Sonne“, Dönhofsstraße. Vortrag des Genossen Schmidt-Nahr über „Bevölkerungspolitik“.

Briefkasten der Redaktion.

S. P. 127. 1. Als Empfangsmöglichkeit gilt die Zeit vom 181. bis zum 302. Tage vor dem Tage der Geburt, mit Einschluß des 181. und 302. Tages. 2. Die Meldung über die beiden Rennen ist feinerzelt in der Presse erfolgt, auch das der Betreffende sich mit einem Flugzeug von einem Rennplatz zum anderen befördern ließ. Nicht aber in dabel das Pferd mit transportiert worden. — R. N. 21. 1. Ja. 2. Wann die Einberufung erfolgen kann, wissen wir nicht. 3. Gebundenen Sie sich bei Ihrem Verband selbst. — Nachsch. 01. Sie sind nur verpflichtet, die Gegenstände aus dem Kasten anzugeben, die Eigentum Ihrer Frau sind. — G. W. 25. Nicht mühte Ihnen geliefert werden. Sie müchten sich beschwerdeführend an den Vorleser wenden. — W. P. 42. 1. Nein. 2. An den Deutschen Kaiser. 3. Nein. — D. H. 47. 1. Köstliche Ausrüstung wird wahrscheinlich nicht mehr erfolgen. 2. Rungenkonf. 3. Nein. — W. P. 113. Sie können frühstens am 1. April kündigen, da der Mietpreis in Berliner Mietverträgen allgemein jährlich bemessen ist. — P. R. 76. 1. Nachmusterung wird nun nicht mehr erfolgen. 2. Nein. — T. 96. In der Unterstufung von 36 R. monatlich muß vom 1. November die Erhöhung von 3 R. für Sie und 150 M. für das Kind gezahlt werden. Die Mietunterstützung kann Ihnen in dem Fall verweigert werden, für die Miete kommt nicht, wie Sie annehmen, der Staat auf, sondern Sie bzw. Ihr Ehemann sind zur Zahlung der Miete verpflichtet. — G. R. 25. Ihr Mann muß für die Mietschuld später aufkommen. Auch kann Kündigung der Miete und eventuell die Lohnes erfolgen, haben Sie doch den Vort vor das Mietungsgesamt. — W. P. 32. Dazu bedarf es keines Rechtsanwalts. Sie können durch Zahlungsbefehl, den Sie beim Amtsgericht desjenigen Ortes aufgeben, an dem der Schuldner wohnt, Zahlung der Schuld erwirken. — W. 100. Der Vater ist in diesem Falle, da die Tochter erkrankt ist, zum Unterhalt verpflichtet. Sie müchten die Kosten für die Genesung des Unterhalts vom Vater einlagern. — R. 2. 41. Bogen tags von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends, Sonntags von 12 bis 3 Uhr. — P. R. 57. Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Vorwiegend trübe und neblig mit wellenbreitenden, im Nordosten meist geringen, in den anderen Gegenden vielfach starken Niederschlägen; Temperaturen wenig verändert.

Todes-Anzeigen
Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreises.
12. Abl. Bez. 739.
Nachruf!
Am Freitag, den 12. November, verstarb unser Genosse, der Tischler
Ernst Müller
Birkenstraße 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
228/19 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
V. a. G.
Berlin, Bezirk 8.
Am 15. November verstarb unser langjähriges Mitglied, der Dreher
Max Drews
Koloniestraße 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reußener Gemeinde-Friedhofes in der Kringsen-Allee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
258/8 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten und Kolleginnen die traurige Nachricht, daß meine liebe, treue, sorgende Frau
Minna Maurer
am Freitagabend 7 1/2 Uhr im Krankenhaus Budow nach kurzem schwerem Leiden verstarb ist.
Im Namen der Hinterbliebenen als Gatte
Edw. Maurer, Reußens, Leinestr. 54.
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reußener Gemeinde-Friedhofes, Gottlieb-Dunzel-Straße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreises.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, der Tischler
Ernst Hecht
Adeliger Str. 75
im Alter von 76 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Emmaus-Friedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Buch- u. Steindruckerei-Mitarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 15. November verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied
Minna Maurer
im Alter von 30 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. November 1915, nachmittags 2 Uhr, auf dem Reußener Gemeinde-Friedhof, Gottlieb-Dunzel-Straße, statt.
27/13 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschlands
Zahlstelle Berlin 5.
Nachruf!
Am 3. November verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied
Emil Birk.
Ehre seinem Andenken!
287/1 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser jüngster Sohn
Otto Block
nach schwerem Leiden an der Proletarierkrankheit am 16. November 1915 verstarb ist.
Die traurigen Eltern und Geschwister
Familie Karl Block,
Scharnstraße 28.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 2 Uhr von der Halle, Hietendrummer Weg, Westend, aus statt.
Ruhe sanft!

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Pankow.
Die
ordentliche Anschlußsitzung
findet am Montag, den 29. November 1915, abends 8 Uhr, im Restaurant Koesycki, Berlin-Pankow, Kreuzstr. 3/4, statt.
Tagesordnung:
1. Berichterung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Bericht über den augenblicklichen Stand der Kasse.
3. Wahl des Rechnungsanschaffers zur Prüfung der Jahresrechnung für 1915.
4. Festlegung des Voranschlags für 1916.
5. Wahl von einem Vertreter des Ausschusses und drei Ersatzmitgliedern nach § 97 letzter Absatz der Satzung.
6. Verschiedene Resolutionen, Anträge oder Beschlüsse, welche in der Sitzung verhandelt werden sollen, müssen mindestens eine Woche vorher dem Vorstande delaminiert werden.
Die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Um Ausweis wird denselben noch zugesandt.
Berlin-Pankow, 272/13
den 18. November 1915.
Razi Lubig, Vorsitzender.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Angehörigen
Ortsverwaltung Berlin B.
Nachruf.
Am 10. November verstarb plötzlich unser Mitglied
Gustav Schmidt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am 15. November 1915 statt.
39/6

Kunsthonig. [99/12
Lichtiger, milchfarb. Meißler oder Borarbeiter, mit Rosen v. Kunsthonig oder Sandos vertraut, für bald gel. Russl. D.H. u. Ch. V. 965
Rud. Mosse, Charlottenbg., Kanstr. 34.
Münzen kauft Ball, Münzenhandlung, Büchelstr. 46/47.

Stoffe
für Maß-Anzüge, Paletots, Utster
Meter 6, 8, 10, 12 M.
Bamen-Kostüm- und Utster-Stoffe
„Nouhston“ Meter 3, 5, 7 M.
Seiden-Pilische, Persianer Imit.
Astrachan Meter 10, 15, 20 M.
Koch & Seeland, Tuch-Lager
Gerrtraudienstraße 20-21.



Schwere Arbeit
in der Fabrik bedingt oft einen Mangel an frischer Luft. Kleine Metall- oder Glas-Tischchen setzen sich im Halse fest und führen zu Reizerscheinungen oder Entzündungen.
Wobrunz TABLETTEN
schmecken angenehm lösend und durstlösend, ihre wertvollen Bestandteile bewirken erhöhten Speichelfluss und somit eine natürliche Reinigung, die zugleich vor Kniehustengefahr schützt.
Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien III. 1. -
Warnung vor Nachahmungen! - Verlangen sie stets „Wobrunz“.

Herren- und Burschen-Winter-Ulster!
verkauft jetzt En gros-Geschäft im Einzelverkauf zu bill. Preisen
Serie I 28.00, Serie II 32.00, Serie III 36.00
sowie einzelne Maßstücke.
Verkauf nur Freitag von 10-7, Sonnabend 10-8 Uhr abends.
Sonntag 12-2 Uhr.
G. Lachotzki, Königstraße 46 III
im Hause von Belmonte Goldwargengeschäft.

